

Schweizerzeit

Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

«**Ja** zur Schweiz»

Pontius Pilatus steht bereit

2

Marcel Dettling: Keine fremden Vögte!

12

Nein zum Mantelerlass

13

Hallau im Frühling

Bild: Barbara Steinemann, Watt-Regensdorf ZH



Ostern 2024

Pontius Pilatus steht bereit, über uns zu richten

von Isabel Villalon, Ingenieurin im Fach Maschinenbau mit Spezialgebiet Energie

Während die Schweizer Bevölkerung am Gotthard im Stau steht oder zu Hause Ostereier sucht, bereiten sich Schweizer Diplomaten unter dem wohl schlechtesten Aussenminister aller Zeiten auf die kommenden Verhandlungen zum neuen Rahmenvertrag («Paketvertrag») mit der Europäischen Union vor.



Die EU setzt der Schweiz immer wieder das Messer an die Kehle. Gründe aus Sicht der EU gibt es viele. Die Europäische Union braucht dringend neue Vasallen – und die Schweiz wäre ein echt fetter Vasall, der dumm genug erscheint, um wie eine Weihnachtsgans ausgenommen zu werden. Bundesrat Cassis, in seiner höchst er-

ratischen, strategielosen Art, ist vorgeprescht, um sich das Verhandlungsmandat für die «Bilateralen III» zu holen. Man muss vom Schlimmsten ausgehen.

Um den geplanten komplexen EU-Rahmenvertrag auf einen ganz einfachen Nenner herunterzubrechen: Die Schweiz soll ihre Eigenständigkeit aufgeben, um weiterhin Zugang zum EU-Binnenmarkt für Waren und Dienstleistungen zu erhalten. Grosse Exporteure, deren Aktien heutzutage international breit gestreut sind und meistens von ausländischen CEO geleitet werden, unterstützen selbstredend einen solchen Schritt.

Mit dem neuen Rahmenvertrag ersetzt die Schweiz ihre eigene Legislative und Judikative durch jene der EU. Nicht ersetzt wird die Exekutive, die künftig die Rolle als Statthalter der EU spielen wird, eine

Art Marionetten-Regierung. Die direktdemokratische Schweiz und der Souverän werden praktisch aufs Abstimmen über neue Kanalisationen im Dorf eingeschränkt.

Exporte in die EU, wirklich das Gelbe vom Ei?

Wer sich die Mühe macht und die aktuellen Handelszahlen anschaut, stellt fest, dass die Schweizer Exporte in die EU knapp unter 50% gefallen sind. Die Tendenz ist abnehmend – die Schweiz braucht die EU immer weniger. Wir sind übrigens einer der wichtigsten Handelspartner der EU. Im Jahr 2022 exportierte die EU 6% ihrer Exporte in die Schweiz. Nach dem Wegfall von Russland als wichtiger EU-Handelspartner (5%) dürfte die relative Position der Schweiz ausserdem beträchtlich gestiegen sein.

Zudem stammt die Mehrheit der ständig in der Schweiz wohnhaften Ausländer aus der EU. Im Jahr 2022 waren es fast 2,3 Millionen, und die Zahl der Grenzgänger aus der EU, die in der Schweiz arbeiten, belief sich im Jahr 2023 auf 380'000. Sowohl bei der ständigen Wohnbevölkerung aus der EU als auch bei den Grenzgängern zeigt die Tendenz steil nach oben.

Zusammengefasst: Die gegenseitigen Abhängigkeiten spielen eigentlich zugunsten der Schweiz – unsere Exporte in die EU nehmen ab, während die EU-Bevölkerung in der Schweiz stark zunimmt. «Bevölkerungsbereinigt» (also bezogen auf die arbeitenden EU-Bürger in der Schweiz) gehe ich sogar davon aus, dass



INNOVA Sicherheitstechnik Schweiz AG
Lindenhofstrasse 8a
9630 Wattwil
+41 71 988 22 00
info@innova-sicherheitstechnik.ch

Krisenvorsorge | Notvorrat | Trinkwasser | Technik



Wir beraten Sie gerne persönlich und diskret!



WWW.INNOVA-SICHERHEITSTECHNIK.CH

das Exportverhältnis Schweiz-EU für die Europäische Union ist.

Die Classe politique suisse

Dennoch verhält sich ein Grossteil der Classe politique im Land wie ein Osterhase (um beim Osterthema zu bleiben), der schockartig vor einer Schlange erstarrt. Der neue EU-Rahmenvertrag ist dementsprechend reine Wortklauberei, der die Wahrheit vor dem Volk vertuschen soll. Ob «automatische» oder «dynamische» Rechtsübernahme darin steht, ist im Prinzip dasselbe. Es werden weiterhin findige Wortkonstruktionen benutzt, um dem Volk die eigene Entmündigung zu verkaufen.

Oft denke ich, dass die Classe politique genau weiss, worauf sie sich da einlässt – denn der Souverän ist ihr oft ein Dorn im Auge und ein lästiges Hindernis bei der Verfolgung eigener wirtschaftlicher Interessen (Stichworte: Lobbyismus, Drehtüren-Prinzip, Posten-Schacherei).

Fremde Richter

Wer seine eigene Gerichtsbarkeit fremden Richtern überlässt, für den sind die eigenen Gesetze bedeutungslos, denn diese können nach Belieben der fremden

Richter angewendet werden. Ein Land mit fremden Richtern ist nicht mehr souverän, sondern ein Vasallenstaat oder Untertanengebiet. Das war übrigens schon vor 2'000 Jahren in Judäa so, als dort der Römer Pontius Pilatus als Richter amtierte.

Die Camouflage der Schiedsgerichte

Gemäss einem sehr fundierten Artikel von Prof. Carl Baudenbacher hat der Bundesrat im «Common Understanding» vom 15. Dezember 2023 zum EU-Rahmenvertrag 2.0 einer Streitbeilegungsregelung zugestimmt, bei welcher der Europäische Gerichtshof (EuGH) ein Monopol zur Auslegung von EU-Recht und mit EU-Recht inhaltsgleichem Abkommensrecht hätte.

Letztlich entscheidet der Europäische Gerichtshof

Dass formal ein «Schiedsgericht» zur Entscheidung zuständig wäre, würde daran nichts ändern. Denn das «Schiedsgericht» wäre verpflichtet, den EuGH anzurufen und dessen Spruch zu folgen, wenn EU-Recht impliziert ist. Das «Schiedsgericht» dient also lediglich der Camouflage des enormen Souveränitätstransfers auf die Europäische Union.

Fortsetzung auf Seite 4

Hamas-Verbot à la Amherd

cartoonexpress.ch
Martin und Jürg Guhl



Churz & Bündig

In solothurnischen Gerlafingen kam es am Oster-sonntag zu Tumulten. Rund 350 regimetreue Eritreer feierten ihren Diktator Isayas Afewerki mit einem Fest. Gleichzeitig versuchten etwa 180 Gegner des Regimes die Veranstaltung zu stören. Nur unter Einsatz von Wasserwerfern und Tränengas konnte die Polizei ein Aufeinandertreffen der beiden Gruppen verhindern. Es ist bei Weitem nicht das erste Mal, dass verfeindete Eritreer in der Schweiz aufeinander losgehen – und dem Steuerzahler horrenden Sicherheitskosten verursachen.

Was haben eigentlich Anhänger des Regimes aus Eritrea in der Schweiz verloren? Einen Diktator feiern und gleichzeitig behaupten, ihr Land sei nicht sicher – wenn das kein schlechter Witz ist. Die Schweiz macht sich nur noch lächerlich, wenn sie solchen Wahnsinn zulässt. Asyl-Ankündigungsminister Jans könnte mit der Beseitigung dieses Unrechts beweisen, dass er mehr zu bieten hat als die für das Eritrea-Desaster hauptverantwortliche Ex-Bundesrätin Sommaruga.

al

Bisherige EU-Abkommen – eine Katastrophe für die Schweiz

Das Volk erlebt am eigenen Leib, was es heisst, mit der Europäischen Union Abkommen zu schliessen. Die Personenfreizügigkeit hat das Gesicht der Schweiz verändert. Die sogenannte Ventilklausel blieb von unseren Regierungen bisher unangetastet, und die Schweiz rast auf eine 10-Millionen-Bevölkerung zu. Die Löhne bleiben seit rund dreissig Jahren gleich. Es herrscht Wohnungsnot, trotz Zubetonierung der Landschaft. Wohneigentum ist für breite Schichten der Bevölkerung unerschwinglich. Ab fünfzig Jahren werden Arbeitnehmer immer öfter von der Wirtschaft ausrangiert, das enorme Arbeitskräftereservoir der EU macht es

möglich. Die Dublin- und Schengen-Abkommen haben ausserdem die Kriminalitätsraten locker verdoppelt, sogar in gewissen Bereichen verdreifacht und den Sonderfall Schweiz zu einem «Normalfall Europa» degradiert: Einbrüche, Messerstechereien, Ladendiebstahl, Diebstahl aus Autos, Sexualdelikte, Sozialhilfe-Schmarrotzertum nehmen bedrohlich zu.

Doch der Bundesrat will partout die Bilateralen III neu verhandeln, sprich, vollständig am Empfinden der Bevölkerung vorbei. Er will neue Zugeständnisse machen und die Schweiz definitiv in einen passiven EU-Staat ohne Rechte, aber voller Pflichten verwandeln. Das kann und wird nicht gutgehen.

Die Europäische Union für Dummies

Die Metamorphose der EU begann mit einer einfachen Wirtschaftsunion. Doch eine Wirtschaftsunion kann es ohne Rechtsunion gar nicht geben. Eine Rechtsunion bedingt dann auch eine politische Union, denn sonst kann das Recht gar nicht durchgesetzt werden. Die Reise ist also vorgegeben – nur, unsere Regierung, ganz vorne mit dabei Ignazio Cassis, scheint dies entweder nicht begriffen zu haben, oder sie tut so, als hätte sie es nicht begriffen.

Jemand, der die seit Jahrhunderten bewährte Schweizer Neutralität dermassen über Bord wirft aufgrund eines osteuropäischen Regionalkrieges (bei allem Respekt, es ist ein Regionalkrieg), der ist auch fähig, die Souveränität der Schweiz vollkommen einem demokratiefremden, supranationalen Gebilde wie der Europäischen Union in den Rachen zu werfen, in einem absolut falschen, händeringenden Versuch, sein eigenes politisches Überleben zu sichern.

Bevor es zu spät ist

Um dieser Gefahr vorzubeugen, müssen sämtliche in unseren Händen stehenden Ressourcen eingesetzt werden. Das Vorhaben EU-Rahmenvertrag 2.0 muss mit allen direktdemokratischen Mitteln gestoppt werden, bevor es zu spät ist.

Isabel Villalon

GOAL GLOSSAR

Q Kontinuität

Kontinuität

<lat.> *continuitas* –

«ununterbrochene Fortdauer»

Damit eine Botschaft Erfolg bringt, darf nicht von ihr abgewichen werden. Denn Beständigkeit ist ein Prinzip des Erfolges. Deshalb raten wir unseren Kunden: Bleiben Sie Ihrer Botschaft treu! Denn nur ununterbrochenes Fortbestehen einer Botschaft bringt den Erfolg.

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL

AG für Werbung und Public Relations

Wir wollen Ihren Erfolg

Churz & Bündig

Der neue Bundesrat Beat Jans verspricht deutliche Beschleunigung der Asylverfahren. Ein Eintages-Verfahren sei sein Ziel, wofür er vom Parlament umgehend 255 weitere Millionen benötige. Wofür wohl? Damit die beschleunigt als Asylrechts-Missbraucher Festgestellten als «vorläufig Aufgenommene» trotzdem die Schweiz nicht verlassen müssen?

Eine Parlamentsmehrheit hat dem neuen Bundesrat die 255 Millionen bewilligt – in Zeiten des Sparens, wofür der Wiederaufbau der während dreissig Jahren sträflich vernachlässigten Armee erneut um fünf Jahre hinausgeschoben wurde.

*

Rot-Grün schwärmt Tag für Tag für den «Langsamverkehr». In dessen Mittelpunkt stehe das «Lastenvelo», dem vor allem in den Städten glänzende Zukunft sicher sei. Deshalb seien ihm alle Spuren, über die jetzt noch motorisierte Lastwagen Güter in die Städte bringen, zur Allein-Nutzung zu reservieren.

Wie wäre es, wenn diesem Traum von Rot-Grün einmal ein besonderer Tag, ein «Tag des Lastenvelos» gewidmet würde? Sämtliche motorisierten Vehikel mit Gütern für Städter würden all ihr geladenes Gut an den Innerortstafeln der Städte abladen. Von dort könnten Städter von ihnen Besteltes dann per Lastenvelo abholen.

Und die Handwerker würden mit Werkzeugen und Material per Tram zu den Baustellen fahren – ihre Malkübel, Dachlatten, Bretter und Rohre mitführend. Welch Genuss für alle Trampassagiere.

Der «Langsamverkehr» dürfte an diesem Sonder-tag an Popularität zweifellos enorm gewinnen.

us

Reizwort Remigration



Ein Begriff geistert durch die Lande – bei einigen Schnappatmung auslösend, andere zu hysterischen Verklärungen verleitend: Remigration. Was eigentlich für Rückwanderung oder Rückkehrmigration steht, ist für Links-Medien der Inbegriff eines finsternen Geheimplans zur massenhaften Deportation von Ausländern – ausgeheckt von bösen Rechten rund um die AfD. Mittlerweile mussten die Pseudo-Enthüller des berüchtigten «Geheimtreffens» von Potsdam zwar zurückrudern. Für die Fake-Story der scheinbar geforderten Massen-Deportation müssen sie sich juristisch verantworten, weil sich einige Involvierte die Schmähekampagne nicht gefallen lassen. Der Vernichtungsfeldzug gegen alle, die Remigrations-Ansätze für interessant halten und eine öffentliche Debatte dazu anregen wollen, wird derweil ungetrübt fortgesetzt – auch in der Schweiz.

Dass die vereinigte Linke und der Medienein- topf geifernd mit dem Finger auf alle zeigen, die es wagen, das berüchtigte R-Wort zu verwenden, muss uns hellhörig machen. Dass politische Strömungen Aufwind erhalten könnten, welche die unkontrollierte Masseneinwanderung mit neuen Strategien durchbrechen, versetzt das politisch-mediale Establishment nämlich in Angst und Schrecken. Es soll um jeden Preis im Keim erstickt werden, dass vermeintlich Alternativloses plötzlich durch mehrheitsfähige rechte Alternativen ersetzt werden könnte.

Spalte
rechts

In diesem Kontext ist auch die Kampagne gegen Mitglieder der Jungen SVP zu sehen, welche bewährte SVP-Politik mit Remigrationsforderungen verbinden. Wenn Medien und linke Parteien nun von SVP-Verantwortungsträgern auf aufdringlichste Weise verlangen, sich von solchen Mitgliedern zu distanzieren, sollte es eigentlich ein Leichtes sein, dieses Spiel zu durchschauen. Wer sich vom politischen Gegner vorschreiben lässt, von wem man sich öffentlich distanziert, liefert sich aus. Oder noch klarer: Wer sich distanziert, verliert!

Man muss den Begriff Remigration nicht verwenden. Sich aufs Auge drücken zu lassen, Remigration sei ein rechts-extremer Kampfbegriff, wäre aber dumm. Viel näher kommt die Umschreibung, dass Remigration für durchdachte Konzepte und Massnahmen steht, wie kriminelle, illegal eingereiste und nicht-integrierte Ausländer organisiert und rechtsstaatskonform aus einem Land ausgewiesen werden können. Dies zu fordern und durchzusetzen, ist völlig legitim und auch für die Schweiz das Gebot der Stunde!

Anian Liebrand

Ihr Inserat in der Schweizerzeit:

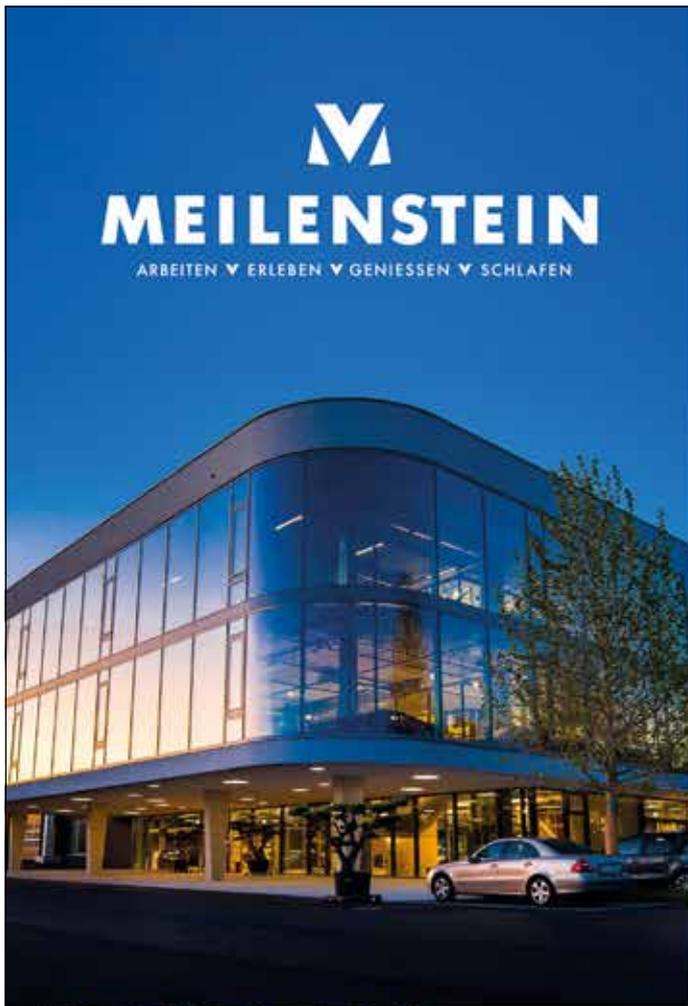


Nehmen Sie mit mir Kontakt auf. Jederzeit und unkompliziert.

Markus Rezzonico

Inserate-Akquise
SVP-Delegierter
Pro Schweiz-Mitglied
Pro Libertate-Mitglied
PIKOM-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch



MEILENSTEIN

ARBEITEN ▼ ERLEBEN ▼ GENIESSEN ▼ SCHLAFEN

➤ EIN EINZIGARTIGES ZENTRALES ERLEBNISHOTEL

Das 4-Sterne-Hotel Meilenstein mit 85 exklusiven Doppelzimmern bietet eine inspirierende Szenerie für geschäftliche oder private Aufenthalte im Herzen der Schweiz.

- Diverse Restaurants lassen kulinarisch keine Wünsche offen
- Faszinierende Unterwasserwelt im Aquarium Langenthal
- Exklusives Fahrzeug- und F1-Museum mit Fahrzeugen aus aller Welt
- Bowling- und Billard-Freizeitspass für Private, Firmen und Vereine
- Eigenes Wellness- und Sportcenter für aktive Freizeitgestaltung



Lotzwilstrasse 66 | 4900 Langenthal | Tel. 062 919 18 18
info@dermeilenstein.ch | www.dermeilenstein.ch



DIE GRÖSSTE INDOOR FAMILIEN- UND ERLEBNISWELT DER SCHWEIZ



WWW.KIDDYDOME.CH

KIDDY DOME SWISS AG | HAUPTSTR. 53 | CH - 4938 ROHRBACH | INFO@KIDDYDOME.CH | TEL. 062 919 60 00



Skandalöse Zustände in fernen Ländern?

Albtraum am Amazonas

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Während einer kürzlichen Reise durch das unberührte Amazonasgebiet, das sich wie eine vergessene Epoche anfühlte, wurde ich Zeuge auffälliger Geschlechterungleichheiten.



Es schien, als wäre ich in einem Geschichtsbuch aus vergangenen Zeiten gelandet. In dieser abgelegenen Kultur sind Männer eindeutig die dominierende Kraft. Ein besonders drastisches Beispiel für diese Ungleichheit ist das Bildungssystem des Dorfes.

Nur Frauen müssen ins Militär

Die Statistiken sprechen Bände: Nur ein kleiner Teil der Frauen hat eine höhere Schule abgeschlossen, im Vergleich zu fast doppelt so vielen bei der Männern. Und Frauen werden von der Provinzregierung bei der Besetzung von Stellen bei gleicher Qualifikation benachteiligt. Ein weiteres drastisches Beispiel ist die Wehrpflicht, die ausschliesslich Frauen auferlegt wird. Es war, als würde man in die Vergangenheit reisen. Kommt es zu einer Scheidung, so muss die Frau die gemeinsame Hütte verlassen und fortan dem Mann Unterhalt zahlen.

Der Wandel der Geschlechterrollen

Aber nein, lieber Leser, ich rede gar nicht vom Amazonasbecken, ich rede von der Situation in der Schweiz! In der modernen Welt des 21. Jahrhunderts, in der wir stolz auf unsere Errungenschaften in Sachen Gleichberechtigung und Menschenrechte sind, scheinen wir nämlich unsere eigenen Ziele aus den Augen verloren zu haben. Die Global Database on Intergenerational Mobility (GDIM) ist eine internationale Datenbank, die sich mit der Analyse und dem Vergleich der sozialen Mobilität zwischen Generationen auf globaler Ebene befasst. Sie untersucht, wie sich der soziale Status und die Chancen von Menschen im Laufe ihres Lebens im Vergleich zu dem ihrer Eltern verändern.

Die Ironie der Gleichberechtigung

Daraus lässt sich für Mann und Frau ein Index erstellen. Vergleicht man dessen Differenz mit jener von 1950, haben wir heute fast den doppelten Abstand zwischen Mann und Frau. Nur, dass nun nicht mehr die Frauen benachteiligt sind, sondern die Männer. Es ist ironisch, dass wir in einer Zeit leben, in der «Bei gleicher Qualifikation wird die weibliche Bewerberin bevorzugt» immer öfter zu lesen ist. Dieser Satz, der einst als Instrument zur Förderung der Gleichberechtigung eingeführt wurde, scheint nun eine neue Form der Diskriminierung zu fördern. Die Rollen haben sich umgekehrt, die Männer werden nun in vielen Bereichen benachteiligt, in denen Frauen einst unterrepräsentiert waren.

Bildung und Beruf: Ein neues Ungleichgewicht

Frauen dominieren mittlerweile in vielen Bereichen, in denen Männer einst privilegiert waren. Die Studienquoten an Universitäten zeigen eine deutliche Überrepräsentation von Frauen, während Männer immer öfter benachteiligt werden, wenn es um die Besetzung von Stellen geht. In Bildungseinrichtungen sehen wir eine eklatante Benachteiligung männlicher Schüler. Laut Daten des Bundesamtes für Statistik ist die Abschlussrate von Jungen an weiterführenden Schulen in den letzten zehn Jahren auf 15% gesunken, während die der Mädchen auf rund 24% gestiegen ist.

Die Familie hat an Einfluss verloren

Auch im familiären Bereich werden Männer benachteiligt. Sorgerechtsentscheidungen fallen oft zugunsten der Mütter aus, selbst wenn die Väter ebenso qualifiziert sind, für ihre Kinder zu sorgen. Dies führt zu einem Verlust des väterlichen Einflusses und trägt zur Entfremdung zwischen Vätern und ihren Kindern bei.

Falsche Anschuldigungen

Männer sind auch häufiger Opfer falscher Anschuldigungen, insbesondere in Bezug auf sexuelle Übergriffe. Während es absolut notwendig ist, Opfer sexueller Übergriffe zu schützen, führen falsche Anschuldigungen dazu, dass unschuldige Männer stigmatisiert und ihre Leben ruiniert werden. Einem Mann auf der Strasse lässig nachzureden, scheint völlig normal zu sein, doch nur schon ein falscher männlicher Blick reicht, um als Mann gesellschaftlich ruiniert zu werden.

Ein Aufruf zum Nachdenken

Die umgekehrten Geschlechterrollen mögen auf den ersten Blick wie eine Lösung für historische Ungerechtigkeiten erscheinen, doch sie bergen Gefahren für die Gesellschaft. Es ist an der Zeit, dass wir uns fragen, ob wir wirklich das erreicht haben, was wir erreichen wollten. Haben wir die Gleichberechtigung erreicht – oder haben wir einfach nur die Rollen ausgetauscht?

Hermann Lei

Churz & Bündig

Die NZZ titulierte Andreas Glarner, der das Amt des SVP-Asylchefs an einen jüngeren Nationalrat weitergegeben hat, öffentlich als «Brandstifter». Und wir stellen öffentlich fest: Der Lummel-Journalismus ist nicht ausgestorben, auch bei der NZZ nicht.

us

Leserbriefe

Asylmigrantenwelle aus dem Maghreb stoppen!

Junge nordafrikanische Männer, die auf dem Asylweg in die Schweiz kommen, sind weit überdurchschnittlich kriminell, lassen sich kaum integrieren, arbeiten meistens nicht, fallen in der Regel dem Sozialstaat zur Last und sind Haupttreiber des Antisemitismus. Da sie in ihren Ursprungsländern nicht an Leib und Leben bedroht sind, sollte man sie an der Schweizer Grenze abweisen und gar nicht einreisen lassen. Was unternehmen die reichen arabischen Ölstaaten für die muslimischen Flüchtlinge? Wenig bis nichts! Die Schweiz als kleines Land, das bereits an Dichtestress leidet, kann nicht die halbe Welt aufnehmen. Besonders problematisch sind männliche Flüchtlinge aus fremden Kulturkreisen. Seien wir dafür gemäss unserer humanitären Tradition grosszügig bei der viel kleineren Zahl von politisch echt verfolgten Menschen, die in der Schweiz Schutz und Unterstützung finden sollen.

Ruedi Horber, Niederscherli BE

Unsägliches Theater

Unglaublich, was das unsägliches Corona-Theater den Steuerzahler gekostet hat. Milliarden wurden für Masken, Tests, Impfungen etc. ziellos ausgegeben. Und wie sich jetzt im Nachhinein herausstellt nutzlos und absolut unnötig. Die absurden gesellschaftlichen Einschränkungen und Schikanen der Behörden, die Zweiklassen-Gesellschaft wegen der zwangsverordneten Zertifizierungspflicht – sie kamen zusätzlich zu den gewaltigen wirtschaftlichen Schäden noch obendrauf. Wird dieses staatliche Debakel nun aufgearbeitet? Nein, es wird von den verantwortlichen Politikern, Wissenschaftlern und dem zuständigen Bundesamt totgeschwiegen. Ist die Schweiz noch eine rechtsstaatliche Demokratie?

Konrad Rüegg, Ebnat-Kappel SG

Messer-Attacke in Zürich

Der «Tages-Anzeiger» will in seinem Artikel vom 6. März 2024 belegen, dass der 15-jährige Tunesier, der zuvor eine lebensgefährliche Messer-Attacke gegen

Rangliste des Grauens

Kriminalität in der Schweiz, nach Nationalitäten, alle Beschuldigten gemäss Strafgesetzbuch (StGB) pro 1000 Einwohner

Nationalität	Beschuldigte StGB 2023	pro 1000	
Kamerun	4'427	189	38,2
Tunesien	8'222	288	35,0
Dominikanische Republik	5'695	199	34,9
Algerien	4'045	137	33,9
Kongo DR	5'717	188	32,9
Morokko	8'271	236	28,5
Irak	6'882	192	28,0
Somalia	6'506	155	23,8
Brasilien	23'915	530	22,2
Afghanistan	18'359	356	21,8
Rumänien	35'091	746	21,3
Syrien	20'438	412	20,2
Kosovo	118'847	2'335	20,0
Türkei	71'057	1'422	20,0
Serbien	58'795	1'110	19,5
Iran	5'521	107	19,4
Eritrea	35'356	871	19,0
Bosnien u. Herzegowina	27'155	438	18,1
Slowenien	9'351	145	15,6
Nordmazedonien	69'987	1'080	15,4
Sri Lanka	27'192	406	14,9
Ukraine	7'294	101	13,8
Kroatien	32'072	436	13,6
Bulgarien	17'843	231	12,9
Total ständ. ausl. Bevölkerung 2023	2'313'217	28221	12,2
Portugal	260'462	3'047	11,7
Ungarn	30'110	350	11,6
Tschechische Republik	10'639	123	11,6
Spanien	96'679	1'073	11,1
Thailand	9'999	107	10,7
Slowakische Republik	21'653	227	10,5
Italien	342'454	3'189	9,3
Russland	15'921	142	8,9
Polen	48'630	408	8,7
Österreich	47'468	404	8,5
Frankreich	185'694	1'397	8,4
Deutschland	326'033	2'580	7,9
Belgien	15'566	116	7,5
Niederlande	22'480	155	6,9
Schweiz 2022	6'511'400	40'715	6,2
Griechenland	20'536	123	6,0
Vereinigtes Königreich	38'788	150	3,9

QUELLE: SEM/AUSLÄNDERSTATISTIK/KRIMINALITÄTSTATISTIK 2023/BUNDESAMT FÜR STATISTIK (STÄNDIGE WOHNBEVÖLKERUNG 2023, FÜR SCHWEIZER 2022)



«Schweizerzeit»-Special

Fr. 69.– pro Monat exkl. MWSt.
inkl. 300 Kopien und Vor-Ort-Garantie

A3-Farbkopierer, -Scanner, -Drucker und -Telefax

inkl. Original-Einzug, 2 Kassetten, Stapel-Einzug, Unterschrank, TOP-Qualität, dank 1200 dpi, Duplex, Netzwerk, USB 2.0, automat. Hefter, Air-Print, Super Touch-Display, farbig

3 Jahre Vor-Ort-Garantie

OCotex AG – 041 799 50 00



ZANETTI
CH-7742 POSCHIAVO

Telefon 081 844 09 08
Telefax 081 844 10 20
Mail: info@zanettispecialita.ch
www.zanettispecialita.ch

Filiale Bahnhof Chur
(nur 1 Minute vom
Billettschalter entfernt)
Telefon 081 253 60 60

Alltägliche Farce an Schweizer Gerichten



Dreissig Jahre Gerichtsberichterstattung an Schweizer Gerichten befähigen den Schreibenden vom oft skurrilen Geschehen zu berichten.

Da gibt es den «Klassiker»: Staatsanwalt und Strafverteidiger zelebrieren wortgewaltig ihre Plädoyers, während der Richter sich gerade mit einem Nickerchen im Gerichtssaal erfrischt (Ostschweizer Gericht). Später spricht er sein Urteil, obwohl er sämtliche entscheidungsrelevanten Details zum Fall regelrecht verschlafen hat. Oder jener Berner Richter, der einen unbescholtenen Familienvater wegen angeblichem Sexualmissbrauch der Ziehtochter aburteilte, obwohl ihre Mutter bestätigte, dass die junge Dame öfters solche erfundenen Anzeigen lanciere, wenn ihr danach sei. Sein Kommentar zur Aufforderung, seinen Richterspruch unter der neuen Erkenntnis tunlichst zu revidieren: «Mein Urteil steht, fertig!»

Aktuell: Das Toggenburger Kreisgericht sprach dieser Tage zwei Männer (Kosovare und Serbe) schuldig, einen im Haus schlafenden Familienvater mit Golfschlägern attackiert zu haben, weil sie gegen die Liebesbeziehung der Tochter waren. Ein Beschuldigter hatte zudem gedroht, nicht zu ruhen, bis der Freund

der Tochter im Rollstuhl sitze. Das Kantonsgericht St. Gallen verhängte Freiheitsstrafen von zwanzig und dreizehn Monaten und fünf Jahre Landesverweis. Ihr Anwalt legte prompt Berufung ein. Nun der nachdenklich stimmende Auftritt des Verteidigers der beiden Gewalttäter: Er fordert Freispruch und Verbleib in der Schweiz!

Exakt darin liegt alle Brisanz: Ausgebildet an einer Schweizer Universität, finanziert vom Steuerzahler, legt er ein nicht nachvollziehbares «Gerechtigkeitsempfinden» an den Tag, indem er kundtut: Das Einprügeln mit Eisenstangen auf wehrlose Bürger sei straflos hinzunehmen, solange die ausländischen Täter lediglich dem «Ehrenkodex einer Parallelgesellschaft» folgten, die hierzulande mit ihren Sitten und Gebräuchen Fuss fasste und solche Gewalttat begangen an Schweizern akzeptiert.

In dem Kontext erging an vier Kantonspolizei-Medienstellen (SG/LU/TG/ZH) meine schriftliche Aufforderung darzulegen, weshalb in den Polizeiberichten bei Schweizer Beschuldigten deren Nationalität genannt wird, nicht aber bei ausländischen Straftätern. Die Antworten der Polizeistellen liegen bereits vor und werden im nächsten Bericht vorgestellt.

Charly Pichler

pichler@thurweb.ch

einen jüdischen Mitbürger verübt hat, sich in einer islamischen Online-Welt radikalisiert haben soll. Dass der Täter sich solcher Plattformen bedient haben könnte, mag stimmen, aber zu glauben, dass dies der Hauptgrund für seine Tat sei, kommt ziemlich blauäugig und naiv daher. Man braucht sich lediglich über die antisemitische Mentalität, die in den muslimischen Maghreb-Staaten (Tunesien, Algerien und Marokko) herrscht, zu orientieren, um zu verstehen, wie eine derart schreckliche Tat möglich ist. Dem bekannten jüdischen französischen Sänger Enrico Macias wurde die Einreise in sein Heimatland Algerien, verweigert, selbst dann, als er in Begleitung des französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy, bei einem offiziellen Staatsbesuch dabei sein sollte. Der französische Historiker Georges Bensoussan (mit algerischen Wurzeln) wurde angeprangert und angeklagt wegen der Veröffentlichung seines Buches über den grassierenden Antisemitismus in diesen Ländern.

Smaïn Laacher, Soziologe algerischer Herkunft, hat schon 2015 auf France 3 folgendes erklärt: «Dieser Antisemitismus findet im häuslichen Bereich statt und ist fast natürlich in der Sprache verankert». Eine der Beleidigungen, die Eltern ihren Kindern zufügen, wenn sie sie zurechtweisen wollen, besteht darin, sie Juden zu nennen. Aber das wissen alle arabischen Familien. Es ist eine monumentale Heuchelei, nicht zu

erkennen, dass dieser Antisemitismus in erster Linie häuslicher Natur ist (...) er ist da, er liegt in der Luft, die wir atmen.»

Da erscheint die abscheuliche Tat des 15-Jährigen Tunesiers nun in einem etwas anderen Licht!

Claude Diethelm, Näfels GL

Churz & Bündig

Daniel Jositsch mausert sich zum Vorkämpfer jenes die Schweiz der Hoheit Brüssels unterwerfenden Deals, mit dem Bundesrat Ignazio Casis seinen Platz in der europäischen Geschichte sucht. Pauschal meint Jositsch, der Vertragsentwurf sei weit besser, als ihn Vertragsgegner bezeichnen. Details dazu weiss er allerdings keine.

Will er etwa mit seinem Einsatz für diesen Unterwerfungsvertrag seinen Genossen, die ihm die Einsitznahme in den Bundesrat versperrt haben, bloss signalisieren, dass ihm auch der Posten an der Spitze der EU-Kommission ganz gut gefallen würde?

us



NEW LEXUS LBX HYBRID

Jetzt von 1,9%* Leasing profitieren



emilfrey.ch



* Lexus LBX FWD Impression Mix-Verbrauch 4.5 l/100 km, CO₂ 23 g/km, Energieeffizienzklasse B, Verkaufspreis CHF 35'900.- Leasingrate für 12-36 Monate mit 19 % CHF 323.15.-/Mt; Finanzierungsbeitrag. Leasingkonditionen: eff. Jahreszins 19 %, Laufzeit 12-36 Monate, 15'000 km/Jahr, Sonderzahlung CHF 10'000.- (nicht obligatorisch), Restwert CHF 15'437.-. Die Vollkaskoversicherung ist obligatorisch. Eine Finanzierung wird nicht gewährt, wenn diese zu einer Überschuldung des Leasingnehmers führt. Die aufgeführten Preise verstehen sich inkl. MwSt. Irrtum, Änderungen bei Preisen, Modellen, Ausstattungen und Verkaufsaktionen sowie Druckfehler bleiben vorbehalten. Gilt für sämtliche Kunden-Vertragsabschlüsse für das oben erwähnte Modell (Neuwagen) innerhalb des definierten Zeitraums. Alle Programme können durch Lexus Schweiz jederzeit angepasst oder aufgehoben werden. Die Eintausch-Prämie ist mit dem Lexus Leasing und Lexus Lager-Leasing, jedoch nicht mit dem Flottenrabatt kumulierbar. Aktion gültig nur für Lexus LBX und nur bis 30.4.2024.



Migrationshintergrund muss auch bei «Schweizern» offengelegt werden

Alarmierende Kriminalstatistik

von Hans-Peter Amrein, alt Kantonsrat, Küssnacht ZH

Die polizeiliche Kriminalstatistik des Kantons Zürich für das Jahr 2023 liegt auf dem Tisch, die Fakten sind höchst unerfreulich:



- Die Kriminalität im Kanton Zürich ist im Jahr 2023 um 8,7 % gestiegen
- Tatverdächtige Straftäter (Strafgesetz, Betäubungsmittelgesetz, Ausländergesetz) nach Aufenthaltsstatus im Kanton Zürich: Total 20'254 (+8,7%) davon 9'410 «Schweizer» (+5,6%), 6'330 Ausländer (+5,4%) und 4'514 Asylanten (+21,6%).
- Gemäss soeben erschienener Schweizer Kriminalstatistik ist die Zahl der Straftaten in der Schweiz um 14 % auf 522'558 gestiegen. 44,3 % der Täter sind «Schweizer», 32,1 % gehören der Ausländischen Wohnbevölkerung an, 6,6 % haben Asylstatus und 17,9 % zählen zur Gruppe der übrigen Ausländer («Kriminaltouristen» etc.). Diebstähle und Einbrüche sind (auch im Kanton Zürich) stark gestiegen.
- Die Kriminalität in der Stadt Zürich ist im Jahr 2023 um 10,3 % gestiegen
- Die Kriminalität von Betäubungsdelikten im ganzen Kanton ist (nur) um 1,1 % gestiegen.
- Die polizeilich registrierte Kriminalität im Kanton Zürich gemäss Ausländergesetz (AlG) ist um 12,5 % gestiegen.
- Die Zunahme bei der Gruppe der Tatverdächtigen im Kanton ZH aus dem Asylbereich und «Kriminaltouristen» fällt mit 22 % am markantesten aus.
- Schwere Gewaltdelikte im Kanton ZH sind stark gestiegen (Schwere Körperverletzungen um 23 %, Versuchte Tötungen um 18 %).
- Die Anzahl der Messerangriffe im Kanton ZH stieg in effektiven Zahlen von 79 auf 105 (45 auf dem Gebiet der Stadt Zürich, 57 auf dem Gebiet des Kantons Zürich ohne Stadt Zürich); ein Viertel der ermittelten Täter waren ausländische Jugendliche – 2022 lag deren Anteil noch bei einem Fünftel.
- Tätergruppen bei Messerangriffen im Kanton Zürich: fünfzig erwachsene Ausländer, achtzehn erwachsene Schweizer, 21 jugendliche Schweizer, sechs unbekannt.
- Wegen häuslicher Gewalt musste die Polizei kantonsweit durchschnittlich zwanzigmal pro Tag ausrücken.
- Das Staatssekretariat für Migration (SEM) schiebt einen Pendenzenberg von zwanzigtausend Asylgesuchen vor sich her.
- Anstieg der Betäubungsmitteldelikte im Kanton 1 %, in der Stadt Zürich 0,5 %. Die Stadtpolizei Zürich scheint ihren Fokus nicht prioritär auf

Betäubungsdelikte zu legen, obschon der Konsum (Wasserproben) und die konfiszierte Drogenmenge im Kanton steigt, respektive gemäss subjektiver Wahrnehmung aufgrund von Pressemitteilungen markant angestiegen ist.

Anlässlich einer Pressekonferenz am 25. März 2024 forderte der Zürcher Regierungspräsident und Sicherheitsdirektor Mario Fehr explizit eine zeitnahe Behandlung der Asylgesuche durch das Staatssekretariat für Migration und einen raschen Abbau penderer Asylgesuche. Er wies auf die stark steigende Anzahl Delikte durch ausländische Straftäter (insbesondere Asylanten und «Kriminaltouristen») und die immer jüngere Täterschaft hin und forderte die konsequente Ausweisung ausländischer Delinquenten nach schweren Straftaten. Und er forderte eine Verschärfung des Jugendstrafrechts bei schweren Straftaten sowie eine Ausbürgerung von Doppelbürgern nach schweren Gewaltdelikten (Beispiel Messerattacke 2024 auf einen jüdischen Mitbürger in Zürich).

Nicht beantwortet hat der parteilose Sicherheitsdirektor (zuvor Vertreter der SP in der Regierung) dagegen die Frage nach dem Migrationshintergrund der Täterschaft mit «schweizerischer» Nationalität (6'330). Dies auch nicht auf Nachfrage. Bürgerliche Mitglieder des Kantonsrats sind gefordert, dem Regierungsrat eine entsprechende Parlamentarische Anfrage (Anzahl Täter mit Schweizerpass erste Generation, Anzahl Doppelbürger) zu stellen (Beantwortungsfrist drei Monate).

Die Daten sind vorhanden und die Fakten dem obstruierenden Magistraten, zumindest teilweise, wohl auch bekannt: Die zuständigen Ämter (Polizei, Migrationsamt und eventuell Sozialamt) «gehören» allesamt dem sich einer Antwort verweigernden Sicherheitsdirektor.

Zusätzliche Fragen zu den Betäubungsmitteldelikten und zum Drogenkonsum im Kanton drängen sich auch auf (Anzahl und Art der Delikte, Menge der konfiszierten Drogen und Drogenarten).

Die Angaben aus den gesamtschweizerischen Erhebungen bedingen, dass im Eidgenössischen Parlament die gleichen Fragen zu den «schweizerischen» Straftätern gestellt werden müssen.

Unser Strafrecht muss dringendst verschärft werden - die bürgerliche Zürcher Deputation in Bern ist gefordert!

Hans-Peter Amrein

Marcel Dettling einstimmig gewählt

«Wir akzeptieren keine fremden Vögte!»

Die Delegierten der SVP Schweiz haben am Samstag, 23. März 2024, in Langenthal den souveränen, wortgewaltigen und volksverbundenen Schwyzer Bergbauern Marcel Dettling aus Oberberg einstimmig und mit Akklamation zum neuen Präsidenten der SVP Schweiz gewählt.

«Liebe SVP-Familie, ich danke Ihnen allen für Ihr Vertrauen. Ich habe grossen Respekt vor der Aufgabe, die Sie mir übertragen haben. Und ich werde alles tun, um Ihren Erwartungen gerecht zu werden – zusammen mit der Parteileitung, der Bundeshausfraktion, den Kantonalparteien und mit Ihnen allen. Es geht um die Zukunft unseres Landes.

Ich wurde in letzter Zeit oft gefragt, vor allem von Medienvertretern, was ich am Kurs unserer Partei ändern würde. Meine Antwort lautete immer: Gar nichts! Denn der Kurs stimmt! Meine Damen und Herren, ich komme aus dem Kanton Schwyz. Und bei uns, im Bundesarchiv, wird der Bundesbrief von 1291 aufbewahrt. Der Bundesbrief besiegelt, dass die Urkantone zusammenstehen im Angesicht der Arglist der Zeit, dass sie einander bei Notlagen und Gefahr Beistand leisten und – hören Sie gut zu – dass sie keine fremden Herrscher und Vögte akzeptieren! Und das wird bei der SVP so bleiben.»



«Wir akzeptieren keine fremden Herrscher, keine fremden Vögte und keine fremden Richter!»

«Wir kämpfen für unsere Freiheit und unsere Unabhängigkeit und werden nicht einen Millimeter davon abweichen!»

Bundesbrief 1291



Im Namen Gottes. Amen. Das öffentliche Ansehen und Wohl erfordert, dass Friedensordnungen dauernde Geltung gegeben werde. Darum haben die Leute von Uri, Schwyz und Unterwalden im Hinblick auf die Arglist der Zeit zu ihrem besseren Schutz und zu ihrer Erhaltung einander Beistand, Rat und Förderung mit Leib und Gut zugesagt gegen alle und jeden, die ihnen (...) Gewalt oder Unrecht an Leib und Gut antun. (...)

Wir haben auch einhellig gelobt, dass wir keinen Richter annehmen, der das Amt irgendwie um Geld oder Geldeswert erworben hat und nicht unser Einwohner oder Landsmann ist. (...)

Anfang August 1291



Rund 800 Delegierte und Gäste nahmen an der denkwürdigen Delegiertenversammlung teil.

Strom nur, wenn das Wetter stimmt?

Warum der Mantelerlass abzulehnen ist

Andi Trüssel, Landrat, Frenkendorf BL

Es ist klar, dass Bundesrat Albert Rösli den sogenannten Mantelerlass kollegial verteidigen muss. Aber eigentlich muss er hoffen, dass der Erlass bzw. das revidierte Stromgesetz abgelehnt wird. Nur dann hat er wieder freie Bahn, um bessere Ideen zur Energiesicherheit zu realisieren – sodass keine Zeit für einen Neuanfang mit modernen KKW verloren geht.



Frau Leuthard hat seinerzeit gesagt: «Die beste Kilowattstunde (kWh) ist eine eingesparte kWh!» Dann wäre wohl, im Extremfall, ein Strom-Blackout das Beste, das unserem Land passieren könnte. Aber auch Frau Leuthard sollte zur Kenntnis nehmen, dass ein Blackout unsere Wirtschaft pro Tag zwischen 3,5 bis 4,5 Milliarden Franken kostet. Dagegen

sind die Corona-Kosten geradezu ein laues Lüftchen, mit dem man keine einzige Windkraftanlage antreiben könnte.

Windkraft in der Schweiz?

A propos Windkraft: Wussten Sie, dass bei uns der Wind mit durchschnittlich 4 m/s, an der Nordsee jedoch mit 8 m/s bläst? Weil die Leistung, die aus der Windgeschwindigkeit gewonnen werden kann, in der dritten Potenz zunimmt, liefert ein Windrad an der Nordsee das Achtfache an Energie.

Die Schweiz ist nun einmal kein «Wind-Land». Die «Erntezeiten» pro Jahr betragen in der Schweiz für Wind etwa 2'500 bis 3'000 Stunden – das Jahr hat aber 8'760 Stunden. Das heisst, es ist völlig ineffizient, hierzulande Windräder aufzustellen, auch wenn die Windturbinen 230 Meter hoch sind. Zudem werden wir den Energieüberschuss aus den Photovoltaikanlagen im Sommer mangels Speichermöglichkeiten nicht in den Winter transferieren können.

Volkswirtschaftliche Rechnung machen!

Unverständlicherweise wird eine gesamtheitliche volkswirtschaftliche Rechnung im Energiebereich nie gemacht. Für die Strom- bzw. Energieversorger zählen ausschliesslich die Betriebswirtschaftlichkeit und die Subventionen. Sie würden sogar eine Vollmond-Photovoltaik-Anlage bauen, wenn der Bund nur genügend Subventionen sprechen würde. Der Stromkonsument muss es ja bezahlen. Solange dieser Grundlagenirrtum nicht ausgeräumt wird, läuft die Schweiz (wie gegenwärtig Deutschland) immer tiefer in die Sackgasse hinein. Vor allem wird der Bevölkerung Sand in die Augen gestreut mit der falschen Aussage, dass Photovoltaik- und Windkraftanlagen billig seien. Zudem kosten 15 neue Speicherseen à la Grande Dixence Milliarden und geniessen wenig Akzeptanz.

Gefälligkeitsforschung an der ETH

Die Vorgängerinnen von Bundesrat Rösli – die Bundesrätinnen Leuthard und Sommaruga – hatten seit 2012 mit vielen Millionen Franken ein Forschungsnetzwerk aufbauen lassen, das jetzt in einer Organisation namens «SWEET» und ihrer Nachfolgeorganisation «SWEETER» für 143 Millionen bis 2032 ausufert. SWEET heisst: Swiss Energy Research for the Energy Transition. Wir brauchen jedoch keine Bestätigungsforschung nach dem Motto «Wes Brot ich ess', des Lied ich sing», sondern eine unabhängige, freie Forschung! Genau daran krankt der Mantelerlass!

Hochrisiken und Ungereimtheiten beim Mantelerlass

- Der Mantelerlass missachtet gemäss Staats- und Verfassungsrecht unsere verfassungsrechtlichen Freiheiten.
- Für 480 Millionen Franken Mietkosten installiert der Bundesrat acht Gasturbinen in Birr (AG), die mit Öl betrieben werden, weil die Schweiz keine Gasspeicher hat und die Notvorräte an Gas in Form von Heizöl extraleicht vorliegen. In einer Stunde verbrennen diese acht Flugzeugtriebwerke 70'000 Liter Heizöl. Mit einem verzinsten Darlehen von 300 Millionen an die Bernischen Kraftwerke (um das KKW Mühleberg am Netz zu belassen), hätten wir im Winter 1.5 TWh flatter- und CO₂-freien Strom!
- Mit dem Mantelerlass, genannt «Bundesgesetz für eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien», will man bis 2035 zwei Terawattstunden (TWh) durch Effizienz einsparen. Kein Wort verliert der Bundesrat hingegen über die Zuwanderung von 80'000 Personen pro Jahr, die auch mit Energie versorgt werden müssen. 80'000 Personen mal zehn Jahre mal 5'000 kWh pro Person und Jahr ergeben zusätzliche vier TWh im 10. Jahr!
- Der Ausbau aller Netzebenen (1 bis 7) wird zwischen 40 und 50 Milliarden Franken kosten, das sind pro Kopf der Bevölkerung zwischen 4'500 und 5'500 Franken. Dazu kommen noch die Netzinvestitionen in der EU, welche die Importe verteuern.
- Wie der Energieüberschuss der Photovoltaik-Anlagen vom Sommer in den Winter transferiert werden kann, ist nirgends ersichtlich. Der Zubau der 16

Fortsetzung auf Seite 14

Mehrere ehemalige Botschafter der Schweiz, die sich für unser Land zweifellos verdient gemacht haben, erlauben sich, in diplomatischer Zurückhaltung brieflich Kritik gegenüber der Landesregierung zu äussern: Die Preisgabe der Neutralität im Ukraine-Krieg – Tatsache geworden in der Anbiederung des von Bundesrat Ignazio Cassis geleiteten Auswärtigen Departements (EDA) an die USA und an die EU, welche die Schweiz zur Übernahme von Sanktionen gegen Russland nötigten – dieser Neutralitätsverzicht bringe der Schweiz keinerlei Nutzen.

Akzent

Dafür, dass sie diese Abwendung von der Neutralität kritisierten, wurden die Altbotschafter massiv öffentlich gemassregelt. Einerseits von Johannes Matyassy («Weltwoche» 11.24, Seite 50). Dieser glaubt, die Kritiker als «Botschafter der alten Schule», überholtem Ideal von Neutralität nachtrauernd, abkanzeln zu müssen.

Matyassy darf wohl als «schillernde Persönlichkeit» bezeichnet werden. Er startete seine Bundesberner Karriere als (eher glückloser) FDP-Generalsekretär. Danach wechselte er in Bundesdienste, wo er (vor allem links) «Kulturschaffenden» auf Kosten der Steuerzahler Auftritte (Lesungen, Ausstellungen usw.) in aller Welt organisierte – selbstverständlich kombiniert mit angenehmen Reisen in alle Kontinente.

Wasserkraftwerke mit insgesamt zwei TWh (Projektstadium) ist erfreulich, reicht aber bei weitem nicht. Gemäss dem Bericht des Paul Scherrer-Instituts von 2019 liegt der realistische Ausbau bei zwei bis max. 2,7 TWh (mit höheren Staumauern und zusätzlichen gefluteten Tälern). Benötigt werden aber, wenn nur erneuerbare Energien ausgebaut werden, gemäss EMPA/EPUL-Bericht 2022 etwa 17 zusätzliche Grande Dixence-Anlagen.

- Eine sichere Stromversorgung – die der Mantelerlass vorgaukelt – mit Energieanlagen, die wetterabhängig sind, wird immer komplexer und teurer und ist ohne massiven Netzausbau nicht machbar. Mit zunehmenden Photovoltaik- und Windanlagen wird das Netz instabiler bis hin zum Blackout. Damit werden wir immer abhängiger von Importen.

Fazit: Der Mantelerlass ist alter Sommaruga-Wein in neuen Schläuchen. Er gaukelt eine sichere Strom- und Energieversorgung vor – mit Energieanlagen, die nur Strom liefern, wenn das Wetter stimmt. Lehnen Sie dieses milliardenteure, untragbare Hochrisiko-Experiment am 9. Juni 2024 ab!

Andi Trüssel

Danach avancierte Matyassy zum Botschafter, später sogar zum stellvertretenden Staatssekretär. In die Schlagzeilen geriet er als Botschafter in Argentinien. Dort vermochte er seinem jungen Ehemann mithilfe seiner diplomatischen Immunität aus arger Patsche zu helfen. Dieser hatte nämlich alkoholisiert in einem von ihm verschuldeten Verkehrsunfall (er soll dabei sogar Fahrerflucht versucht haben) einen Knaben verletzt.

Voraussetzungen, die Matyassy wie keinen anderen legitimieren, verdiente ehemalige Botschafter als gleichsam aus der Zeit gefallen kritisieren zu müssen.

Zweierlei Kritiker

Offiziell anmutenden Tadel mussten die Kritiker am Ausverkauf der Neutralität hinnehmen vom ehemaligen EDA-

Staatssekretär Roberto Balzaretti («Weltwoche», 11.24, Seite 33).

In der Zeit, da Balzaretti für die Schweiz mit Brüssel über den inzwischen gescheiterten Rahmenvertrag verhandelte, gewann er nicht eben überzeugende Statur und musste dann ausgewechselt werden. Um so heftiger kanzelt er die verdienten Altbotschafter ab. Sie seien offensichtlich kaum mehr fähig, heutige, in multikulturell und dezentralisiert ausgestalteter Struktur aufgrund komplexer Mechanismen entwickelte Aussenpolitik zu verstehen (welch geschwurbelte, Schein-Kompetenz vortäuschende Wortwahl).



Dr. med. Marco Caimi. «Doc's Schnauze» ist ein wahrer Meister der klaren, spitzigen An- und Ausagen. Das war die Frage an Doc Marco: «Was ist die Folge des Klimawahns, mit dem die Politiker ihre Untertanen terrorisieren? Antwort: «Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Heizen und Hungern oder Fressen und Frieren»! Deutschland macht es vor!

*

Politisch ausgegrenzt. In Lahr (Baden-Württemberg) meldete sich Heiko Nüssner bei seinem Hausarzt, weil er ein Rezept für Medikamente benötigte. Nüssner war 26 Jahre lang CDU-Mitglied, 2016 wechselte er zur AfD. Der Arzt antwortete dem Lokalpolitiker per Mail: «Aufgrund deutlich politisch unterschiedlicher Ansichten, bitte ich Sie, einen anderen Arzt Ihres Vertrauens zu suchen.» Nüssner wurde von der Patientenliste gestrichen, weil er politisch anders tickt als der Arzt. Nüssner sitzt seit drei Jahren im Rollstuhl und seit einem Jahr im AfD-Ortsvorstand. Sein Hausarzt verweigert ihm die Behandlung. Obwohl dieser den Eid des Hippokrates geschworen hat.

Tis Hagmann

Als Führungskraft dieser Aussenpolitik sieht sich Balzaretti in seiner von Selbstlob triefenden Kritik an Vorgängern in der Steuerkabine des Departements, wo man «Rückenschüsse von Altbotschaftern» nur noch als schwer zu ertragende Beeinträchtigung der zu erbringenden Leistungen im «Dienste des Landes» bewerten könne.

Auf dass der Bundesrat als Dirigent der Aussenpolitik auftreten könne, bilde das vielköpfige Departement das Orchester und spiele die Musik. Kritik daran erzeuge bloss Misstöne. So schwadroniert der Wortgewaltige des EDA daher.

*

Ob es erlaubt ist, auch einen Blick zu werfen auf die Leistungen dieser Musik-Organisatoren zugunsten ihrer Dirigenten? Also auf jenes weitverzweigte Netz enthusiastischer Spezialisten, das gemäss Balzaretti all das vorbereite, was der Aussenminister später als Trümpfe ausspielen könne.

War es diese Mannschaft, die ihrem Chef, Bundesrat Ignazio Cassis einredete, im sog. «Common Understanding» die Schweiz vorbehaltlos der EU-Personenfreizügigkeit zu unterwerfen? Und die ihm gleichzeitig riet, vor eigenem Publikum, in der Orientierung der Schweizer Öffentlichkeit über die angebahnten Verhandlungen anzukündigen, es würden zur Personenfreizügigkeit in die vorgesehenen Vereinbarungen Klauseln eingebaut, die der Schweiz gestatten würden, bei überbordender Einwanderung gewisse Beschränkungen zu erlassen. Eine Aussage von Bundesrat Cassis an der Medienkonferenz, die Brüssel innert Minuten in geharnischter Reaktion vom Tisch wischte: Was Cassis da erzähle, von dem stehe im «Common Understanding» kein einziges Wort. Und über etwas, das dort nicht aufgeführt sei, werde auch nicht verhandelt. Punkt !

Nichts anderes als eine schallende Ohrfeige musste Cassis kassieren für seine widersprüchliche Aussage, die ihm offenbar Balzarettis vielgepriesene und vielgelobte Mannschaft als besonders schlaunen Schachzug eingeredet hatte.

Doppelbödigkeit Brüssel gegenüber: Das kann nur schiefgehen! Eine Erkenntnis, die freilich offenbar noch nicht zu Hilfskapitän Balzaretti auf der Kommandobrücke des EDA-Dampfers vorzudringen vermochte.

*

Ob es auch Balzarettis Orchester ist, das jetzt, wo Haiti offensichtlich in die Hände von Räuberbanden geraten ist, blindlings daran festhält, dass die Entwicklungsmillionen an dieses Land und die dort herrschenden Kräfte auf gar keinen Fall gestrichen oder auch nur gekürzt werden dürften. Das könnte einigen derer, die dort in der Rolle von Geldverteilern tätig sind, ja den Job kosten. Stellenverminderung lassen Funktionäre bekanntlich nie zu – vielmehr werden die dort unter Entwicklungshilfe-Vorwand Operierenden bald Aufstockung der Gelder verlangen. Denn ihnen, den

«Helfern» ist schliesslich nicht zuzumuten, in einem Gebiet zu wohnen, wo Räuberbanden herrschen. Im aufzuziehenden Pendelverkehr zu angenehmeren Wohnorten dürften ihre Reisespesen alsbald in die Höhe schnellen.

Ist es auch Balzarettis Orchester, das den Bundesrat dazu verleitet, das überfällige Verbot der Hamasterror-Ableger in der Schweiz mit allerlei Wenn und Aber zu verwässern? Schliesslich will der Kern des EDA auch den im Hamas-Kontext tätigen Funktionären ihre gut salarieren Posten möglichst erhalten.

*

Aufschlussreich für die Öffentlichkeit ist Balzarettis Aussage, wonach das Geflecht der Schweizer Aussenpolitik von sage und schreibe fünftausend gutbezahlten Funktionären geknüpft werde – während Bundesbern gegen Finanznot ankämpft und die nunmehr seit dreissig Jahren sträflich vernachlässigte Schweizer Armee sich erneut Abstriche gefallen lassen muss. Viertausend dieser fünftausend Stellen für nach Glanz auf der Weltbühne dürstende Funktionäre könnten sofort aufgehoben werden. Dies würde der Schweiz nur nützen.

Die Parlamentarier könnten, wenn sie nur wollten, entsprechend handeln. Danke, Herr Balzaretti, dass Sie den Schweizer Steuerzahlern dieses riesige Sparpotenzial (vielleicht zwar ungewollt) offengelegt haben.

Ulrich Schlüer

Schweizerzeit STIFTUNG

Eine Investition für eine freie, unabhängige Schweiz

Die Schweizerzeit-Stiftung ermöglicht dem Verlag «Schweizerzeit» die Realisierung von Publikationen und Informationsanlässen zur Stärkung der Freiheit, der Unabhängigkeit und der Selbstbestimmung der neutralen, eigenständigen und wehrhaften Schweiz.

Sie unterstützen die Schweizerzeit-Stiftung zum Beispiel, indem Sie in Ihrem Testament ein **Legat** an die Schweizerzeit-Stiftung vorsehen.

Oder Sie können als Stiftungs-Gönner dem Schweizerzeit-Club beitreten.

Dürfen wir Sie ausführlicher dokumentieren?

Schweizerzeit-Stiftung

Dr. Ulrich Schlüer, Geschäftsführer

Tel. 052 301 31 00 / Mail: stiftung@schweizerzeit.ch

Akzent

STICHWORTE ZUR TAGESAKTUALITÄT

Bilateral ?

Gegenwärtig hören Sie immer wieder das Wort «bilateral» oder «Bilaterale III». Gemeint ist aber der neue Anbindungs- bzw. Kolonialvertrag mit der EU. Trotzdem spricht der Wirtschaftsverband Economiesuisse frech von «Bilateralen III». Als würde es um einen Vertrag auf Augenhöhe zwischen Gleichberechtigten gehen. Dabei weiss die Economiesuisse ganz genau, dass die EU seit 2008 genau das nicht mehr will, sondern die institutionelle Anbindung der Schweiz an die EU.

Trotzdem betet etwa die FDP das Märchen der Economiesuisse brav nach. Auch die Freisinnigen als Gründer unseres unabhängigen, eigenständigen Bundesstaates wollen rasch möglichst unter den Rock von Madame Europa in Brüssel kriechen und greifen zum Fakedword «Bilaterale III». Dabei geht es um die künftige automatische/dynamische Rechtsübernahme bei allen bestehenden und zukünftigen Verträgen, die mit dem EU-Markt direkt oder indirekt zu tun haben – inklusive Strafmassnahmen, wenn die Schweiz das nicht will. Und als Dank sollen wir dann noch jährlich Kohäsionsmilliarden bezahlen. Haben wir eigentlich noch alle Tassen im Schrank?

(NR Thomas Matter, In den Sumpfen von Bern, Episode 253, 21.03.2024)

1'000'000'000'000 Euro

Die Vizepräsidentin der (deutschen, Erg. SZ) Bundesnetzagentur, Barbie Kornelia Haller, hat gerade – von der breiten Öffentlichkeit praktisch unbemerkt bzw. unkommentiert – in einer Pressekonferenz äusserst bemerkenswerte Zahlen vorgelegt. Demnach wird die sogenannte «Energiewende» (die – neben der unbegrenzten Aufnahme von Migranten – inzwischen zur Hauptdaseinsberechtigung der Grünen befördert wurde) nun auch hochhoffiziell nicht nur «eine Kugel

Asyl-Chaos

Das Asyl-Chaos hat ein unerträgliches Ausmass angenommen: Fast täglich begehen Asyl-Migranten Gewalttaten, Vergewaltigungen, Einbrüche und Diebstähle. Gleichzeitig explodieren die Sozialkosten. SP-Asylminister Beat Jans kündigt Massnahmen an. Jetzt müssen Taten folgen. Denn die wirksamen Lösungen liegen auf dem Tisch: Die SVP hat in den vergangenen Jahren 220 parlamentarische Vorstösse eingereicht. An seiner Sitzung in Langenthal (BE) hat der SVP-Vorstand die Bundeshausfraktion damit beauftragt, Asylminister Beat Jans diese Lösungen zu überreichen.

(Medienmitteilung SVP Schweiz, 22.03.2024)

Eis» kosten, wie es der Grüne Jürgen Trittin einst versprach.

Es werden eher so ungefähr eine Billion Kugeln Eis. Für die Betreiber von Übertragungsnetzen veranschlagt die Bundesnetzagentur einen «höheren dreistelligen Milliardenbetrag». Die sind also mit etwa 600 bis 800 Milliarden dabei. Für die Betreiber von Verteilnetzen nennt Frau Haller Kosten in Höhe von «150 Milliarden Euro» allein bis 2030. Insgesamt kosten die grünen Transformationsfantasien das Land in den kommenden Jahren also etwa eine Billion Euro.

(Jakob Fröhlich, Kopp-Report, 24.01.2024)

Schneewittchen

Unseren Fortschritt beim Abstieg zu einer neuen totalitären Einheitskultur fasst Alain Finkielkraut so zusammen: «Die bildenden Künste, die Literatur, das Ballett, die Oper, das Kino, die Philosophie, die Religion: Sie alle dienen jetzt der Verteidigung der guten Sache.» Und das ohne gefühlige Ausnahmen – «Schneewittchen muss weiterschlafen, weil der Kuss nicht einvernehmlich wäre.»

(Michael Andrick in «Cato» 1/2024)

Freiheit

Was würde passieren, wenn ab morgen jeder, der heute glaubt, seine Meinung nicht frei äussern zu können, es doch täte? Würde man die alle entlassen, exmatrikulieren oder sogar verklagen? Oder wäre der ganze Cancel-, Gender- und Woke-Spuk dann vorbei? Freiheit muss man wollen, verteidigen, um sie kämpfen. Freiheit muss man einklagen, wenn sie einem vorenthalten wird. Für die Freiheit muss man etwas riskieren, sonst glauben die Verwalter der Freiheit, sie könnten sie nach ihrem Bedarf rationieren. Muslimische Frauen riskieren ihr Leben, um in Deutschland zu leben, wie es hier üblich ist. Zur Freiheit gehört Mut.

(Monika Maron in «Tichys Einblick» 01/24)

KEIN MONOPOL DEM EU-SÜCHTIGEN MEDIEN-EINTOPF IN DER SCHWEIZ

Ich abonniere das Schweizerzeit-Magazin.

Preis bis Ende 2024: Fr. 60.–

Name / Vorname: _____

Strasse / Nr.: _____

PLZ / Ort: _____

Mail-Adresse: _____

Wenn Sie uns Ihre Mail-Adresse mitteilen, erhalten Sie zusätzlich kostenlos allwöchentlich unser aktuelles «Brisant» per Mail. Eine Weitergabe Ihrer Mail-Adresse findet nicht statt.

Datum: _____

Unterschrift: _____

Einsenden an: Schweizerzeit, Postfach 54, 8416 Flaach,
Tel.: 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03
E-Mail: abonnement@schweizerzeit.ch

Zu den Abkommen «Gesundheit» und «Lebensmittelsicherheit»

Stopp dem unsäglichen EU-Verhandlungsmandat!

von Mario Piatti, Unternehmer, Appenzell

Bundesbern, aber auch die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK), müssen dem Grössenwahn verfallen sein. Sie muten dem Bürger EU-Verträge zu, ohne dass sie diese einer seriösen Kosten/Nutzen-Analyse unterzogen haben. Es sind Verträge mit einer wirtschaftlich angeschlagenen, hochverschuldeten, zahlungsunfähigen EU. Bundesbern muss diese Verträge wenigstens der Abstimmung durch Volk und Stände unterbreiten – alles andere zeugt von Arroganz und elitärem Gehabe.

Die Schweiz der EU zum Frass vorwerfen?

Kindlifresser-Brunnen, Bern



Neben besonders krassen Sündenfällen (fremdes Recht, fremde Richter, Sanktionsdrohungen, Milliardenzahlungen) müssen auch die Abkommen «Gesundheit» und «Lebensmittelsicherheit» gestoppt werden. Die ganze unsinnige Verknüpfung von Landwirtschaft/Lebensmittelproduktion/Lebensmittelsicherheit/Gesundheit/WHO droht sonst unter der Bezeichnung «EU4 Health 2021–2027, Vision für eine gesündere Europäische Union» in einer dynamisierten Endlosschleife zu ersticken. Und der vollständige Führungsanspruch der WHO bei künftigen Gesundheitsmassnahmen würde zementiert.

Selbständige Schweizer Regelung

Der Schweizer Binnenmarkt regelt seine Lebensmittelsicherheit selbständig – und dort, wo wir Appenzeller und Schweizer es für notwendig halten, vereinbaren wir das partnerschaftlich, bedürfnisgerecht und echt bilateral. Wer sich dennoch verpflichtet, jährlich Hunderte von Millionen Franken nach Brüssel zu schicken – allein mit dem Zweck, die grünen EU-Visionen zu fördern, soll dies bitte den Bürgern erklären! Es ist keine Frage, dass die EU-Kommissare beispielsweise das Geheimnis der 42 Kräuter im «Appenzeller» und beim Appenzeller Käse knacken werden, und zwar keine zwei Jahre nach einer Vertragsunterzeichnung! Das ist so klar wie das Amen in der Kirche. Ebenso würden die Agrardiesel-Vergünstigung und weitere nichttarifäre Handelshemmnisse abgeschafft.

Unabsehbare Kosten

Zudem würden die dynamisierten EU-Regeln und Vorschriften bei uns einen Bürokratisierungsschub und einen zusätzlichen Personalbestand von gegen zwei Milliarden Franken jährlich auslösen. Dazu kämen bei einer Anbindung an die EU jährliche Zahlungen von 8–10 Milliarden Franken, basierend auf 1–1,5% unseres Bruttonationalprodukts, an den EU-Haushalt. Darum: Wehret den Anfängen, Nein zu diesem verfehlten EU-Vertrag!

Mario Piatti

Ab sofort wird die Schweizerzeit auch aktiv in den Sozialen Medien – mit Botschaften vor allem an junge Stimmbürgerinnen und Stimmbürger.

Es geht um nichts weniger als um die Wahrung der Eigenständigkeit und Freiheit der Schweiz. Schauen Sie sich unsere Videoclips an, laden Sie sie herunter und verbreiten Sie sie auf Ihren Kanälen (z. B. soziale Medien und WhatsApp).

Alle Infos unter:

www.schweizerzeit.ch/unterwerfungsvertrag

Zum Voraus herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

Ihre Schweizerzeit



EU-weites Vermögensregister unter dem Vorwand «Bekämpfung der Geldwäscherei»

Der Schnüffelstaat greift an

von Olivier Kessler, Ökonom, Publizist, Direktor des Liberalen Instituts, Zürich

Bislang war die eigene Haustür die Grenze, die der Schnüffelstaat noch halbwegs respektierte. Doch das neue EU-weite Vermögensregister macht damit Schluss. Im zentralen EU-Register sollen sämtliche Vermögensdaten der Bürger aufgeführt werden: Schmuck, Porzellan, Edelmetalle, Autos, Kryptowährungen, Kunstwerke, Bargeld, Briefmarkensammlung, antiquarische Bücher – einfach alles von höherem Wert. Auf diese Vermögensdaten sollen voraussichtlich nicht nur Behörden, sondern auch Journalisten und andere Akteure aus der Zivilgesellschaft Zugriff bekommen.



Vordergründig geht es bei dieser Beseitigung des Datenschutzes um die Bekämpfung der Geldwäscherei – wie so oft, wenn es der Freiheit der Bürger an den Kragen gehen soll. Denn das klingt unverständlich. Doch diese Begründung ist lächerlich, weil Kriminelle sich nicht an solche Gesetze halten werden. In Wahrheit geht es um etwas ganz anderes: Der Appetit und die fiskalische Gier der hochverschuldeten Staaten ist riesengross. Nachdem sich der Staatsumfang in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich ausgedehnt hat und während Corona explodiert ist, müssen immer neue Ressourcen her, um den Heisshunger des ausser Rand und Band geratenen Leviathans zu stillen. Das Vermögensregister dient in erster Linie dazu, die Besitztümer gründlich aufzulisten, um eine detaillierte Übersicht zu schaffen, wo es

was zu holen gibt. Es geht um die ein «effizientes» Vorgehen beim staatlichen Raubüberfall auf die rechtschaffenen Bürger.

Bisherige Strategien funktionieren nicht mehr

Nachdem die Staatsvertreter ihren Ressourcen hunger nicht mehr vollumfänglich über Steuern haben stillen können, haben sie sich zunächst hochgradig auf Kosten der nächsten Generation verschuldet. So mussten sie den heutigen Steuerzahlern nicht die ganze Rechnung ihres exzessiven Treibens präsentieren. Dann enteigneten die politisch eingeführten Zentralbanken die Bürger durch die Hintertür – durch Inflation, Geldentwertung und Kaufkraftdiebstahl. Beide Tricks können jedoch nicht auf lange Dauer funktionieren, und genau so ist es auch gekommen: Die staatliche Verschuldung hat zunächst die Verschuldungskosten in Form von Zinsen in die Höhe getrieben, weshalb die Zentralbanken kurzerhand die Zinsen mit planwirtschaftlichen



Absurde Vorschriften. Die Bürokraten erfinden laufend neue Vorschriften, die nichts mehr mit der Realität gemeinsam haben. Hier das schlagende Beispiel der Auflagen-Schikanen für die Bauern: Wenn ein Landwirt ein (O-Ton) «zur landwirtschaftlichen Nutzung vorgesehenes Gelände einzäunen will und Anspruch auf einen Staatsbeitrag aus dem Kässeli «Landschaftsqualität» geltend macht, so sind die folgenden Bedingungen für den Bau eines Zaunes einzuhalten: «Es dürfen nur Pfähle aus naturbelassenem, unbehandeltem Holz verwendet werden. Akazienholz ist ausdrücklich erlaubt. Der Durchmesser muss mind. 5 cm betragen. Nur horizontal verlaufende Drähte, Litzen oder Bänder mit einer max. Breite von 2 cm sind gestattet. Kein Stacheldraht und keine Knotengitter».

Aus dem Text sieht man eindeutig, dass der Verfasser noch nie einen Pfahl eingeschlagen, geschweige denn einen Zaun errichtet hat.

*

New Work und Kooperation. Aus einem Stelleninserat der Fachhochschule Nordwestschweiz: Gesucht wird ein Professor (selbstverständlich mit *) als Dozent für

«New Work und Kooperation». Anforderungen sind nicht ersichtlich. Aber Floskeln wie: «Sie gestalten ihre Tätigkeiten (nicht Arbeit!) entlang Ihrem Fachgebiet». Aha, also nicht im Zentrum! Wir haben nachgeschaut: «New Work» beschreibt den Wandel von Sinn- und Wertefragen, der zu veränderten Erwartungen der Mitarbeitenden an die Arbeitswelt führt. Alles klar? Was die Studis damit im Berufsleben machen, ist wahrscheinlich noch zu erfinden. Jahresgehalt für diesen Posten: 160'000 Franken.

*

SBB-Fortschritt. Offenbar lautet das Motto der digitalen «Billetrischka»: Ohne Handy keine Bahnfahrt! Das neue «Halbtaxplus»-Abo ist nur der Anfang; damit wollen die Verkehrsunternehmen den digitalen Umbau vorantreiben bzw. erzwingen. Sie wollen dafür ein eigenes Ortungssystem entwickeln. Der nächste Schritt ist schon da: Ab 2025 gibt es keine «10er Abos» mehr, die man vor der Fahrt am Automaten entwerten muss. Die Automaten werden abgebaut, und der Kauf des Billetes ist «digital vorzunehmen». O-Ton der Bahngewaltigen: «Das Vorgehen passt zur Strategie der Alliance Swispass».

Nebenbei: alle Reisen der Passagiere sind dann registriert und online zu orten.

Tis Hagmann

Methoden heruntermanipuliert haben. Dies reduzierte zwar die Zinslast der Staaten, brachte aber einen Anstieg der Inflation mit sich. Die Zinsen mussten deshalb zur Bekämpfung der Inflation angehoben werden, weshalb nun die Staatsverschuldung unverhofft wieder zum Problem wird. Die Geldplanwirtschaft hat sich in ihren Widersprüchen verstrickt.

Finanzielle Repression aus Ausweg aus dem Dilemma?

Um sich weiter über Wasser zu halten, gibt es jetzt nur noch einen Weg: Die Phase der finanziellen Repression wird eingeläutet. Sprich: Es wird zum Totalangriff auf das Eigentum der Bürger geblasen. Der gläserne Bürger muss her. Auf keinen Fall soll er seine Ersparnisse vor den anstehenden Enteignungsorgien in Sicherheit bringen können. Obwohl dieser Krieg der Staaten gegen ihre eigenen Bürger immer offensichtlicher geführt wird, verhalten die meisten Traditionsmedien verdächtig still. So als wäre es gar nicht ihre Aufgabe, den Mächtigen auf die Finger zu schauen und sich gegen die Entstehung eines totalitären Staates zur Wehr zu setzen. Einmal mehr stellt sich die vierte Gewalt kaum auf die Seite jener, denen der Grossangriff der Gewaltmonopolisten droht, so als ginge sie das überhaupt nichts an. Mit einigen wenigen löblichen Ausnahmen verkommen sie durch ihr breites Schweigen zu Komplizen der Herrschenden – ein Bild, an das wir uns wohl spätestens seit der Corona-Zeit gewöhnen müssen.

Schweizer, hütet euch

Als Schweizer könnte man der Versuchung erliegen, sich erleichtert zurückzulehnen und froh darüber zu sein, nicht in der zunehmend übergriffigen EU zu wohnen. Doch diese Freude könnte verfrüht sein. Es bleibt zu befürchten, dass die EU ihr Schnüffelregister auch auf die Schweiz ausdehnen will. Bereits letztes Jahr forderte die EU-Kommission von der Schweiz eine Verschärfung der Geldwäscherei-Vorschriften. Obwohl schon im Juli 2022 schärfere Regeln in der Schweiz in Kraft traten, reicht dies der EU nicht. Sie fordert noch weitergehende Schritte. EU-Kommissarin McGuinness spielte 2022 darauf an, dass die Schweiz auf eine schwarze Liste unkooperativer Staaten aufgenommen würde, wenn sie nicht schon brav mitspielen würde.

Und siehe da: Der Bundesrat übt sich tatsächlich in vorauseilendem Gehorsam. Ende August 2023 hat er das «Bundesgesetz über die Transparenz juristischer Personen und die Identifikation der wirtschaftlich berechtigten Personen» in die Vernehmlassung gegeben. In der Erläuterung heisst es:

«Das erste Ziel der Gesetzesvorlage ist die Erhöhung der Transparenz juristischer Personen, damit die Behörden effizienter und zuverlässiger feststellen können, wer hinter einer Rechtsstruktur steht. Ein rascher und effizienter Zugang zu solchen Informationen ist sowohl im Kampf gegen Geldwäscherei und Finanzkriminalität als auch im Zusammenhang mit der Durchsetzung von internationalen Sanktionen und des Steuerrechts entscheidend. Zu diesem Zweck wird ein eidgenössisches Register der wirtschaftlich berechtigten Personen eingeführt.»

Die Schweizer sollten also wachsam bleiben, um sicherzustellen, dass dieser Angriff der EU und unserer eigenen Behörden auf die zentralen Menschenrechte des Eigentumsschutzes und der finanziellen Privatsphäre abgewehrt werden kann. Ein Platz auf einer schwarzen Liste der EU wäre nicht nur das weitaus geringere Übel – sondern angesichts des zunehmend toxischen Gebarens der EU eine Auszeichnung.

Olivier Kessler

Wir danken dem «Liberalen Institut» für die freundliche Genehmigung zum Zweitabdruck des obigen Artikels.

« Das aktuelle Zitat »

«Eine repräsentative Demokratie darf eine Partei, die zehn, zwanzig und mehr Wählerstimmen gewinnt, nicht behandeln wie Leprakranke im Mittelalter. Das heisst: Jeder Bürger kann entscheiden, ob er einem AfD-Politiker auch nur «Guten Tag» sagt. Vereine und Unternehmen können ihren Umgang innerhalb der Gesetze frei bestimmen. Doch, was dem Bürger recht ist, kann dem Staat nicht billig sein – ebenso wenig Einrichtungen, die öffentliche Gelder erhalten. Man verteidigt den Rechtsstaat nicht, indem man ihn abschafft.»

Deniz Yücel, Sprecher des Autorenvereins PEN Berlin, in der «Welt» am 15. Februar 2024



Zu verkaufen:

Ein Bijou von Chalet! Gediegenes, charmantes Wohnen mit unverbaubarer, fantastischer Aussicht, auf rund 1000 m ü. M. gelegen, oft über dem Nebel
<https://www.immoscout24.ch/de>
 3713 Reichenbach i. K.

Tatort-Krimis vermitteln ein falsches Täterbild

Der Gärtner ist nicht der Mörder

von Markus Melzl, ehem. Kriminalkommissar und Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt

Nein, liebe Schweizerzeit-Leserinnen und -Leser, es geht nicht darum, Ihnen den Tatort-Krimi am Sonntagabend zu vermiesen, sondern um Ihnen folgendes aufzuzeigen: Nebst dem Vorgehen der jeweiligen Kommissare, Kriminaltechniker und Gerichtsärzte, deren Arbeit oft grenzwertig dargestellt wird, verfolgen die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten offensichtlich eine politische Agenda.



Eine kürzlich von der deutschen Wochenzeitung «Die Zeit» vorgenommene Auswertung der Tatort-Filme der vergangenen sechs Jahre bringt Erstaunliches über die Täter zutage: Es waren 39 Unternehmer, 28 Berufsverbrecher, 23 Polizisten und gleichviele Ehepartner. Dann folgen Schüler und Studenten, Rentner, Mediziner, Juristen, sowie Lehrer, Soldaten und Arbeitslose. Gerade die hohe Zahl an Managern und Unternehmern zeigt, dass dem TV-Zuschauer ein Täterbild suggeriert wird, welches so nicht existiert.

Keine ausländischen Täter ...

Bereits ein flüchtiger Blick in die Kriminalstatistik würde den Filmemachern zeigen, dass die Realität anders aussieht. Warum kein Tötungsdelikt in der von Ausländern dominierten Clan-Kriminalität, warum keine Femizide in muslimisch geprägten Familienstrukturen, wo die Macho-Mentalität und der Minderwert von Frauen in der kriminalistischen Arbeit zur traurigen Realität gehört? Aktuell wurde in Wien ein junges Mädchen Opfer einer Gruppenvergewaltigung, wobei sich die Tatzeit über mehrere Wochen hinzog und sich die Täter gruppenweise oder einzeln an der Geschädigten vergingen. Aufgrund der bis jetzt vorliegenden Erkenntnis soll es sich bei den Vergewaltigern durchwegs um Migranten oder Österreicher mit Migrationshintergrund handeln.

... sondern Kapitalisten, Banker und dergleichen

Dies wäre doch mal eine Tatort-Folge, welche der Wirklichkeit entspricht. Aber da passt es weitaus besser in das ideologisch links-grün geprägte Muster einer Sendeanstalt wie der ARD, wenn der Mörder ein schlimmer Kapitalist und ausbeutender Banker ist. Insgesamt sind solche TV-Krimis nicht inspirierend und furchtbar langweilig, weil man mit Blick auf die präsentierten Tatverdächtigen nach dem negativen Auswahlverfahren schnell entscheiden kann, wer auf keinen Fall Täter sein darf.

Bei einem dunkelhäutigen Schauspieler steht zum vornherein fest, dass dieser niemals eines Mordes beschuldigt wird, und bei einem Flüchtling wird auch vermehrt auf seine «gelungene Integration» hingewiesen.

Und sollte er dennoch zu Unrecht verdächtigt werden, bleibt natürlich am ermittelnden Kommissar das Prädikat «Racial Profiling» kleben.

Und selbstverständlich zieht dieser Kriminalist in seiner Freizeit mit rechtslastigen Kumpels um die Häuser, drückt bei von Faschos begangenen Straftaten beide Augen zu und hüpfert schon mal mit einer Tatverdächtigen ins Bett, wo er zwischen den Laken verfahrensrelevante Fragen stellt. Da passt es auch, dass Kommissarinnen und Kommissare oft als unredliche Beamte dargestellt werden, welche die Strafprozessordnung nach Lust und Laune auslegen und das Strafrecht nur vom Hörensagen kennen. Illegale Hausdurchsuchungen, Festnahmen und Verhöre ohne Rechtsmittelbelehrung sowie ein stümperhaftes Verhalten am Tatort sind weitere Prädikate solcher TV-Krimis.

Die Statistik bleibt auf der Strecke

Es ist nachvollziehbar, dass in einer Fernseh-Stunde viel weggelassen und die Spannung hochgehalten werden muss – und dass am Schluss der Täter hinter Schloss und Riegel sitzt. Aber dennoch wäre es wünschenswert, wenn nicht immer wieder die elementarsten Fehler wiederholt würden und auch mal ein Täter ins Netz ginge, welcher den statistischen Gegebenheiten entspricht. Da ist es beinahe schon belustigend, wenn im Schweizer Tatort die erfahrene Ermittlerin der Zürcher Polizei ihre Dienstwaffe verkehrt herum trägt und sie dadurch niemals hätte ziehen können. Die Untersuchung der Tatort-Krimis hat zudem ergeben, dass es keinen Gärtner als Mörder gab. Wenigstens hier gibt es eine Übereinstimmung mit der Realität.

Markus Melzl

Churz & Bündig

Der öffentliche Verkehr vermeldet einen neuen Rekord. Noch nie hätten Schwarzfahrer Züge, Trams und Busse skrupelloser geschädigt als 2023. Heerscharen von Registrierfunktionären hätten dies festgehalten. Doch keinem scheint in den Sinn gekommen zu sein, dass das Phänomen Schwarzfahrer-Explosion Auswuchs der unkontrollierten Masseneinwanderung sein könnte. Und haben sie's für sich gedacht, so haben sie es sicher nicht laut ausgesprochen.

us

Chance einer Aufarbeitung nutzen

Unzensuriert



In Deutschland wurden im vergangenen Monat rund 200 Protokolle des Krisenstabs des Robert Koch-Instituts (RKI) veröffentlicht. Der Stab wurde seinerzeit aufgrund der Covid-Pandemie errichtet. Die Protokolle enthalten trotz etlichen Schwärzungen möglicherweise brisante Passagen. So ist am 16. März 2020 (einen Tag vor der Anpassung der Risikoeinschätzung von «mässig» auf «hoch») zu lesen, die neue Risikobewertung sei vorbereitet und solle nun «hochskaliert» werden. «Die Risikobewertung wird veröffentlicht, sobald (...) ein Signal dafür gibt.» Die massgebende Stelle war geschwärzt, laut Gesundheitsministerium soll es sich um einen RKI-Mitarbeiter handeln.

Dass die Akteneinsicht von einem Onlineportal («Multipolar») durchgesetzt werden musste, spricht Bände über den Zustand der sogenannten Qualitätsmedien. Immerhin entsteht nun nachträglich in Deutschland eine intensive öffentliche Debatte. Möglicherweise wird aufgrund der Schwärzungen die Bedeutung der RKI-Protokolle überschätzt und für eigentliche Verschwörungstheorien besteht kein Anlass. An den besten Absichten aller Beteiligten soll nicht gezweifelt werden.

Das Problem liegt anderswo: In der Covidkrise wurden Freiheitsrechte in einem Ausmass eingeschränkt, wie es zuvor nicht denkbar erschien. Politiker und zudienende Medien plädierten repetitiv, sich an die Erkenntnisse «der Wissenschaft» zu halten. Abgesehen davon, dass Wissenschaftler nicht stets derselben Meinung sind, vernachlässigte die Politik damit ihre eigentliche Königsdisziplin – die Interessenabwägung. Aus rein epidemiologischer Sicht sind Einschränkungen schnell begründet. Sache der Politik wäre es, den Nutzen dieser Massnahmen dem Kollateralschaden für andere gegenüberzustellen.

Die Aufarbeitung der Corona-Politik ist wichtig, nicht aus Besserwisserei, sondern um für eine nächste Krise Lehren zu ziehen. Das gilt auch für die Schweiz. Daniel Koch, seinerzeit Leiter der Abteilung «Übertragbare Krankheiten» beim Bundesamt für Gesundheit, äusserte bereits Selbstkritik und fragte sich öffentlich, «ob wir in der Pandemie zum Teil unnötigerweise Grundrechte eingeschränkt haben. Besonders krass war es in Altersheimen». Will die Politik auch künftig in Krisen einen glaubhaften Führungsanspruch erheben und auf Verständnis der Menschen für Freiheitsbeschränkungen zählen, ist sie nun gefordert für eine seriöse Aufarbeitung.

Patrick Freudiger

Finanzierung der 13. AHV-Rente

Einsparungen bei Asyl und Entwicklungshilfe

SVP, 27.3.2024. Dass der Bundesrat die 13. AHV-Rente mit Lohnabzügen finanzieren will, ist nicht akzeptabel – damit wird vor allem der Mittelstand – die arbeitende Bevölkerung – belastet.

Aus Sicht der SVP sind die jährlichen Mehrkosten von fünf Milliarden Franken für die 13. AHV-Rente zwingend über Kürzungen im Asylbereich (vier Milliarden jährlich), bei der Entwicklungshilfe (rund drei Milliarden), bei der Kultur und der aufgeblähten Bundesverwaltung (6,5 Milliarden) zu finanzieren. Denn diese Geld-Verschleuderung von Mitte-links hat massgeblich dazu geführt, dass die 13. AHV-Rente nach dem Motto «Jetzt sind wir an der Reihe!» auf breite Zustimmung stiess. Zudem ist gezielt in jenen Departementen und Bereichen zu sparen, deren Ausgaben in den letzten zwanzig Jahren überdurchschnittlich angestiegen sind.

Der Bundesrat zeigt offensichtlich keine Bereitschaft, die dringend nötigen Einsparungen bei den Bundesausgaben vorzunehmen. Auch SP, Grüne, GLP, Mitte und FDP sind nicht gewillt, das staatliche Ausgabenwachstum zu reduzieren. Sie ziehen lieber der eigenen Bevölkerung das Geld aus der Tasche. Insbesondere die Linke zeigt ihre Verlogenheit: Sie beklagt den Kaufkraftverlust der Bevölkerung, schröpft aber bei jeder

Gelegenheit den Mittelstand und die Familien mit höheren Steuern und Abgaben. Noch höhere Lohnabzüge verteuern die Arbeit in der Schweiz weiter und schwächen die Konkurrenzfähigkeit unseres Werkplatzes. Zudem müssen die Arbeitnehmer und die junge Generation die Mehrkosten tragen. Fairer wäre es – wenn schon – die Finanzierungslücke mit einer Erhöhung der Mehrwertsteuer zu kompensieren.

Die Kassen des Bundes sind schon jetzt leer: Die Asylausgaben explodieren, der Schuldenberg erreicht eine Rekordhöhe von über 140 Milliarden Franken, und der Bund rechnet – auch ohne die AHV-Finanzierung – bereits ab 2027 mit über drei Milliarden Franken Defizit. Vor diesem Hintergrund sind die Gesundheitsinitiativen, über die die Bevölkerung am 9. Juni abstimmt, eine finanzpolitische Zeitbombe. Insbesondere die Prämien-Entlastungs-Initiative der SP ist völlig verantwortungslos, da sie zusätzliche Kosten in der Höhe von jährlich 4,5 Milliarden Franken bringen würde. Deshalb wird die die SVP die beiden Gesundheits-Initiativen bekämpfen.

Nachlese zur 13. AHV-Rente



In einer falschen Analyse wurde von den meisten Medien DIE LINKE pauschal als Siegerin der Abstimmung über eine 13. AHV-Rente hochgejubelt. Dabei war es nur ihr Gewerkschaftsflügel unter Führung von Pierre-Yves Maillard. Es waren – wohlgermerkt – nicht die Internationalsozialisten und Kulturmarxisten, deren milliardenteure und meist verfehlten Weltverbesserungsprojekte zum Objekt von Sparbemühungen werden könnten, sobald neben den Gewerkschaftslinken auch die «Bürgerlichen» ausserhalb der SVP erkennen, wie hier zum Schaden der Schweiz Milliarden verpulvert werden.

Zu den Verlierern gehört auch das bürgerliche Establishment. Zu Recht, denn es hat zusammen mit Mittelinks während der letzten dreissig Jahre die grossen Spendierhosen angezogen, Milliarden an Ausländer und das Ausland verteilt und allen nutzlosen Weltrettungs- und Solidaritätsprojekten der Internationalsozialisten zugestimmt – von der absurden Energiewende über die Masseneinwanderung, den staatlich geförderten Asylmissbrauch über Milliarden für nutzlose

Entwicklungshilfe bis zur selbstschädigenden Aufgabe der Neutralität.

Es konnte so weit kommen? Weil es auch in «bürgerlichen» Parteien erhebliche Anteile von Etatisten gibt, haben die Staats- und Interventionsgläubigen zusammen mit der Linken eine Mehrheit. Ein weiterer Grund liegt darin, dass die «Bürgerlichen» die kultur-, gesellschafts- und freiheitszerstörende Agenda der Kulturmarxisten und Internationalsozialisten nicht zu erkennen, zu benennen und zu bekämpfen vermögen: Es ist das Programm der Epigonen der 68er, die freiheitliche, privatkapitalistische Gesellschaft und Kultur zu zerstören – mit den aktuellen Ausprägungen Wokeismus, LGBTIQ-Ideologie, Denk- und Sprechverboten, mit staatlich geförderter Sprachzerstörung und Schulreformen, die zur Folge haben, dass jeder dritte Schulabgänger nicht mehr lesen, schreiben und rechnen kann.

Der Gewerkschaftsflügel unter Yves Maillard ist einigermassen vernünftig und vertritt die Arbeitnehmer. Er hilft mit, ein selbstmörderisches Paketabkommen zu verhindern. Mit ihm müssen sich die Bürgerlichen einigen, um Geld bei den Luftnummern der Kulturmarxisten einsparen zu können, damit die 13. Rente ohne Steuererhöhungen finanzierbar wird.

Markus Eckstein, Goldach SG



Das Büro Ha deckt auf!

Happy Ramadan. Die Zürcher Kirchen wollen sechs Jahre lang andern Religionsgemeinschaften zwölf Millionen in ihre Opferbüchsen stopfen. Zwecks «Integration». Wie bitte? Die Moslemprediger sollen also üppig beschenkt werden. Und woher nehmen die Obertoleranten die Knete? Aus unseren Steuergeldern! Das Ganze schimpft sich «Kulturbereicherung». Deshalb rufen einige Verirrten auch nach «Frühlingsfest» statt Ostern. Wie bescheuert müssen gewisse Kirchenfürsten sein! Happy Ramadan!

*

Regulierungswut. Die Regulierungswütigen in Zürich haben zugeschlagen. Die Taxifahrer müssen neu für die Berufsausübung einen (erfolgreichen) Sprachtest bzw. Nachweis erbringen, aus dem hervorgeht, dass sie über genügend Deutschkenntnisse verfügen. Obwohl das GPS alle Ortsprobleme löst. Und nun das Gegenstück: Bei der Stadtpolizei muss man «kai Schwiizertütsch» mehr können und auch keinen Militärdienst geleistet haben. Gaht's na!?

Im Abseits. An der World Nuclear Exhibition Ende November haben über 700 Aussteller aus 76 Ländern teilgenommen. Aber nur 29 aus Deutschland. Nicht erstaunlich, da ja Deutschland von einer Technologie-fernen Endzeit-Sekte regiert wird. Anlässlich dieser Ausstellung haben die Chinesen den ersten Hochtemperatur-Reaktor präsentiert. Es handelt sich um eine Anlage der 4. Generation mit zwei Modulen mit je 200 Megawatt; sie werden mit Helium gekühlt und sind graphitmoderiert. Unter Führung von Deutschlands Windrad-Fantasten hat sich Europa ins Abseits manövriert.

*

Finnland. Der finnische Sicherheitsexperte Salenius-Pasternak muss es wissen. Im Interview auf Tele YLE sagte er kurz und bündig: «Wir (Finnland) sollten bis 2025 für einen Krieg bereit sein. Und jetzt stelle man sich den nächsten Satz in Helvetien vor: «Jeder Reservist in Finnland muss ernsthaft darüber nachdenken und sich dafür sorgen, dass er bis dann körperlich und geistig in der besten Verfassung seines Lebens sein muss.» Hierzulande würde man bei dieser Aussage allenfalls in grosse Augen blicken. Ansonsten «Stummfilm».

Tis Hagmann

Gewalt-Eskalation erfordert radikalen Kurswechsel



Dem Staat ist die Kontrolle entglitten: Die importierte Gewalt und Kriminalität steigt massiv an. Besonders erschreckend ist, dass Jugendliche immer öfter Stichwaffen einsetzen. Als «Schutzmassnahme» vor einer kleinen Gruppe von Intensivtätern bewaffnen sich Schweizer Jugendliche mit Messern. Deshalb steigen diese Delikte rasant an. In der Stadt Zürich wollten die politisch Verantwortlichen in der Vergangenheit das Problem aber nicht lösen, weil der Lösungsansatz von der SVP kam. Darum stellte die SVP im Zürcher Stadtparlament ihre Forderung nach einem radikalen Kurswechsel bei der Bekämpfung der Jugendkriminalität erneut.

Bereits am 1. Februar 2023 hat die SVP in ihrem Vorstoss 2023/49 im Stadtparlament auf die Studie der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften «Jugenddelinquenz in der Schweiz» hingewiesen. Darin steht: «Rund fünf Prozent der Jugendlichen begehen drei Viertel aller berichteten Straftaten.» Als Gegenreaktion auf die von dieser Gruppe ausgehenden Gewalt

bewaffnen sich – wie erwähnt – immer mehr Jugendliche mit Stichwaffen. Würde der Staat die kleine Gruppe von jugendlichen Intensivtätern aus dem Verkehr ziehen, ginge die Jugendkriminalität um mindestens 75 Prozent zurück, wahrscheinlich sogar um 90 Prozent.

Doch die linke Mehrheit im Stadt- und Gemeinderat wollte davon nichts wissen und lehnte den Vorstoss ab. Ebenso lehnten SP, Grüne, Antifa-AL, GLP und der Stadtrat einen weiteren SVP-Vorstoss ab, der die eskalierende Jugendgewalt zu einem Legislaturschwerpunkt machen wollte. Der Sprecher der Antifa-AL tat die Forderung, der Jugendgewalt mehr Aufmerksamkeit zu schenken, als «rechte Propaganda» ab. Die Linken wollen die Realität bewusst nicht sehen, weil sie die ausländischen Täter schützen wollen. Nun zeigen die neuesten Zahlen: Die Gewalt eskaliert. Die Zahlen sind beängstigend. Es braucht nun einen radikalen Kurswechsel, weg von der linken Verharmlosung und Kuscheljustiz.

Samuel Balsiger

Samuel Balsiger ist Gemeinderat und Fraktionspräsident in der Stadt Zürich. In seiner Kolumne schreibt er über die Irrungen der linken Politik.

Längst müsste sich die Landesregierung vernehmen lassen:

Die Stimme der Schweiz

Auf dass sämtliche Staaten der Welt sich jederzeit bewusst sind, dass die Schweiz ein neutrales Land ist und bleibt, müsste der Bundesrat die derzeit unser Land im Uno-Sicherheitsrat vertretende Schweizer Botschafterin verbindlich verpflichten, zu jedem ihrer dort zahllos abgegebenen Voten den Standpunkt der Schweiz wie folgt zum Ausdruck zu bringen:

«Im übrigen tritt die völkerrechtlich als immerwährend und bewaffnet neutral anerkannte Schweiz mit Wort und Tat nachdrücklich dafür ein, dass Konflikte zwischen Staaten ausschliesslich am Verhandlungstisch ausgetragen werden – ohne dass dafür Tausende in Tod und Verderben geschickt und Zehntausende um ihr Hab und Gut gebracht werden.»

Die Schweizerzeit wird diesen Satz so lange wiederholen, bis der Bundesrat seine Pflicht tut.



Vielfältige *SCHWEIZERZEIT-* Leserschaft



hf. Sie ist am Wahlauftakt der SVP Schweiz Ende August 2023 definitiv ins politische Rampenlicht getreten. Zusammen mit dem heutigen JSVP-Präsidenten Niels Fiechter, flankiert von 160 Jungparteimitgliedern, forderte sie in einem eindrücklichen Appell «die Schweiz zurück, die uns die elitäre Classe Politique genommen hat». Der erste Teil ihres Appells, der den Leuten auch akustisch durch Mark und Bein ging, lautete: «Die Schweiz. Unsere Heimat. Wir lieben sie. Sie gehört uns. Doch die Classe Politique hat sie uns weggenommen. Und wir wollen sie zurückgewinnen. Von den tiefen Tälern des Wallis bis zu den Bündner Quellen des Rheins. Von den Wassern des Lago Maggiore bis zu den Ufern des Bodensees. Von den Gipfeln des Matterhorns bis zu den Ebenen des Aargauischen Mittellandes. Hier sind wir aufgewachsen. Unsere Gross- und Urgrosseltern und die Generationen zuvor haben unsere Schweiz zu dem gemacht, wie wir sie kennen. Frei, unabhängig und sicher. Das sind unsere nicht verhandelbaren Werte. Hierfür stehen wir geschlossen ein.» Im vergangenen Oktober hat die Baselbieterin bei den Nationalratswahlen auf Anhieb den ersten Ersatzplatz auf der Liste der Mutterpartei erreicht. Von ihr wird man zweifellos noch hören.

Sarah Regez (sarah.regez@gmx.ch)



«Ich bin Sarah Regez, dreissig Jahre alt und komme aus dem wunderschönen Sissach im Oberbaselbiet, wo ich aufgewachsen, zur Schule gegangen bin und – bis auf ein paar kurzweilige Unterbrüche – mein ganzes bisheriges Leben verbracht habe. Derzeit studiere ich an der Universität Basel Rechts- und Politikwissenschaft und baue mir nebenbei eine selbständige Tätigkeit auf.»

Obwohl ihre aktive politische Arbeit erst vor rund zweieinhalb Jahren mit dem Beitritt zur SVP begann, war sie schon in frühester Jugend am Weltgeschehen

interessiert. Die für sie bislang einschneidendste Periode, die ihr auch die politischen Augen geöffnet hat, war die Zeit während der sogenannten «Corona-Pandemie» ab März 2020. Sie meint dazu: «Manche haben wohl inzwischen realisiert, dass ein blindes Obrigkeitsvertrauen kein gutes Rezept für den Erhalt einer freien Gesellschaft und unserer demokratischen Ordnung mit Grundrechtsgarantien ist.»

Strategie-Verantwortliche

«Nachdem ich vor rund zwei Jahren in die Parteileitung der Jungen SVP Baselland gewählt worden war, durfte ich letztes Jahr bereits meinen ersten Nationalratswahlkampf für die SVP Baselland bestreiten. Aus diesem politischen Rennen ging ich nach den zwei Bisherigen als Drittplatzierte (1. Ersatz) für die SVP Baselland hervor. Seither bin ich in der Parteileitung der Jungen SVP Schweiz verantwortlich für die Strategie. Eine Strategie ist gemäss ‚Brockhaus‘ Ein genauer Plan zur Erreichung eines Ziels – unter der Berücksichtigung der Faktoren, die der Zielerreichung entgegenwirken können.»

Demokratie verteidigen, Gender-Diktatur bekämpfen

Nach ihrem zentralen Leitsatz für die Politik befragt, meint Sarah Regez: «Unsere Demokratie ist es wert, dass wir sie jeden Tag verteidigen.» Das klinge zwar recht militärisch – aber genauso sei es gemeint. «Wir müssen eine eiserne Disziplin entwickeln, um die weltweit einzigartige politische Struktur zu schützen, die wir in unserem Land haben. Uns muss jeden Tag bewusst sein, dass die Mitwirkungsrechte an der Demokratie, wie wir sie in der Schweiz kennen, keine Selbstverständlichkeit sind. Wenn wir diese Einzigartigkeit auch für nachkommende Generationen erhalten wollen, müssen wir eine Resistenz entwickeln gegenüber links-moralistischen Kreisen, die uns ihr «Weltbild» mit diktatorischem Gehabe immer mehr aufdrängen wollen. Dies vor allem im Bereich der Gender-Sprache, deren Befürworter und «Kontrollure» sofort von «Diskriminierung» schreien, falls jemand es wagt, davon abzuweichen.»

Die Folgen des Gender-Wahns, so Sarah Regez, seien fatal: Viele Leute trauten sich nicht mehr, ihre Meinung offen zu sagen. Umso dringender sei unser Widerstand zum Schutz der Demokratie: «Wir müssen uns dieser Sprache, dieser Doktrin, diesem Diktat widersetzen. Es geht nicht nur um die lächerliche Sprachregelung, die dem Gender-Wahn zugrunde liegt. Noch schlimmer ist, dass Kindern und jungen Leuten über das Gender-Unwesen eine falsche Lebenswirklichkeit vorgegaukelt und eingehämmert wird. Vergangene Ereignisse zeigen, dass es gefährlich ist, Diktatoren und Tyrannen die Deutungshoheit über die Realität zu überlassen.»

Konsequente Umsetzung des Volkswillens einfordern

Zur Verteidigung unserer Demokratie gehört laut Sarah Regez auch, dass wir die wortgetreue Umsetzung von Volksentscheiden durch das Bundesparlament einfordern. Krasse Negativ-Beispiele seien die Volksinitiative gegen Masseneinwanderung und die Ausschaffungsinitiative. «Wenn wir das hinnehmen, wird es zur Gewohnheit, dass der Volkswille irgendwann nichts mehr zählt».

Das diktatorische oder gar tyrannische Gehabe moralistischer Kreise müsse bekämpft werden – egal, woher es komme – auch aus den eigenen Reihen. «Ein Beispiel ist die kommende Abstimmung über den sogenannten Mantelerlass zur Stromversorgung. Wir sollen ein paar Bundesräten vertrauen, obwohl sie genau genommen nur «sekundär» demokratisch legitimiert sind (weil nicht vom Volk gewählt). Wenn dann noch Sätze fallen wie «Wir übernehmen die volle Verantwortung...» oder «Ich werde mich dafür einsetzen, dass ...», ist besondere Vorsicht geboten. Wir müssen unsere Aussenwahrnehmung schärfen, damit wir zwischen moralistischer Diktatur und echten demokratischen



Gratulation zum guten Wahlergebnis

Bestrebungen unterscheiden können. Die Verteidigung unserer direkten Demokratie und unserer Schweizer Werte ist die Pflicht jedes Schweizer Bürgers und jeder Schweizer Bürgerin.»

*

Nach ihren Hobbys befragt, meint die Baselbieterin: «Es wird ehrlich gesagt immer schwieriger, nebst meinem politischen Engagement, der Arbeit und dem Studium noch Zeit für Hobbys zu finden. Aber ich reise gern und will fremde Kulturen wie auch unsere eigene viersprachige Kultur besser kennenlernen. Ausserdem lese ich sehr gern, was in letzter Zeit aber etwas zu kurz kommt. Und ich darf von mir behaupten, dass ich eine ganz passable Köchin bin.»

Chancen nutzen

«Ich denke, dass es wichtig ist, dass man die Chancen, die einem im Leben gegeben werden, nutzt und das Bestmögliche daraus macht. Neben meinem guten Abschneiden bei den Nationalratswahlen werde ich es als besonderen Erfolg, dass mir die Leute bei dem, was ich politisch zu sagen habe, stets aufmerksam zuhören und dass ich für meine politische Arbeit viel Zuspruch bekomme», meint Sarah Regez.

Eine gute Voraussetzung, dass es bei Sarah Regez persönlich, beruflich und politisch erfreulich weitergeht! Die Schweizerzeit wünscht ihr dabei viel Erfolg!



Sarah Regez' denkwürdiger Auftritt mit Nils Fiechter am SVP-Wahlauftakt 2023 in der Swiss Life Arena


Büchertisch
BESTSELLER**Verheimlicht, vertuscht, vergessen**

Was 2023 nicht in der Zeitung stand

Gerhard Wisniewski

Das Jahrbuch nicht vermittelter Medienmeldungen: Eine Chronologie, welche lückenhafte, tendenziös-verzerrende, den Leser gänzelnde Berichterstattung entlarvt und mit den realen Fakten, welche

zu verfälschter Berichterstattung führten, konfrontiert.

Kopp, Rottenburg 2024, 284 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 26.50)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 23.85

**Ist das euer Ernst ?**

Aufstand gegen Idiotie und Ideologie

Peter Hahne

Gepfefferte, präzise treffende, glänzend unterhaltende Kommentare zu den Idioten, die uns links-grüne Chaos-Politiker und ihre Mediengefolgschaft täglich einzureden versuchen. Aufgeblasenes «Problembewusstsein» gegenüber behaupteter Klimakatastrophe nimmt Hahne

ebenso aufs Korn wie die Woke-Ideologie und masslose Übertreibungen, die lediglich totalitären Machtanspruch tarnen.

Quadriga, Köln 2024, 141 S., geb., (Richtpreis Fr. 17.50)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 15.75

AKTUELL**Gedanken eines stoischen Piraten**

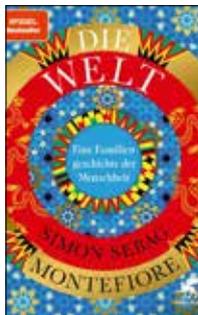
Grundlagen und Prinzipien für ein glücklicheres und erfolgreicher Leben

Mathias Müller

Der Autor ist Berufsoffizier, militärischer Lehrer, mindestens im Kanton Bern eine bekannte Persönlichkeit. Er bilanziert Erfahrungen aus seiner Lehrtätigkeit – gegen-

über militärischen Schülern, aber auch, besonders interessant, auf der Grundlage kritischer Selbstbefragung. Daraus ist ein sehr eigenständiges, interessantes Buch geworden.

Weber, Thun/Gwatt 2023, 192 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 39.–)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 35.10

WELTGESCHICHTE**Die Welt**

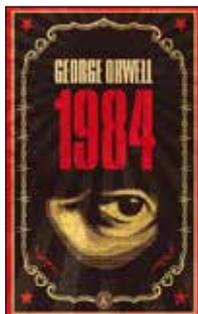
Eine Familiengeschichte der Menschheit

Simon Sebag Montefiore

Wir Schweizer sind einigermassen vertraut mit europäischer Geschichte. Es gibt aber auch asiatische, afrikanische, südamerikanische, nordamerikanische Geschichte. Kaum je

wurde intensiver versucht, die geschichtlichen Entwicklungen weit voneinander entfernter Regionen miteinander zu verknüpfen. Nach gegenseitiger Beeinflussung zu suchen und solche aufzuspüren: Dazu liefert diese interessante Neuerscheinung interessanten Aufschluss.

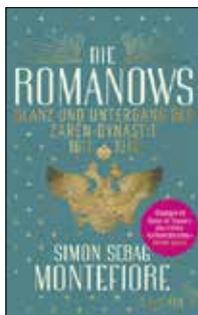
Klett-Cotta, Stuttgart 2023 (London 2022), 1'534 S., geb., (Richtpreis Fr. 64.–) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 57.60

**1984**

George Orwell

Weit vor 1984 ausgedacht und verfasst, ist Orwells Roman über die totale Kontrolle aller Informationsmittel durch die Herrschenden von der Wirklichkeit in einem Ausmass bewahrheitet worden, mit dem der Autor, als er seine Warnung verfasste, damals kaum gerechnet haben dürfte. Aber seine Schilderungen über die totale Überwachung aller Bürger ist weiterhin mehr als bloss aufschlussreich.

Kopp, Rottenburg 2023, 319 S., geb., (Richtpreis Fr. 10.50)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 9.45

**Die Romanows**

Glanz und Untergang der Zaren-Dynastie 1613 bis 1918

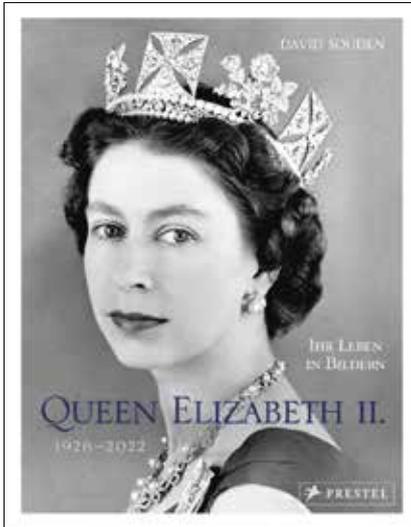
Simon Sebag Montefiore

Die durch und durch aussergewöhnliche Geschichte der letzten russischen Zaren-Dynastie: Eine Chronik von Machtkämpfen ohne moralische Grenzen, die Exzesse zuliessen, mitunter aber auch eigenartig-komische Realitäten schufen. Viele Gerüchte ranken sich um die Romanows – Montefiore schildert die Wirklichkeit dahinter.

S. Fischer, Frankfurt/M. 2016, 1'030 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 51.50)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 46.35

Die Schweizerzeit liefert Ihnen sämtliche Bücher deutlich günstiger als zu den vorgegebenen Richtpreisen. Erfüllen Sie sich doch all Ihre Bücherwünsche via Schweizerzeit-Bücherdienst.

ZEITGESCHICHTE

Queen Elizabeth II.*Ihr Leben in Bildern***David Souden**

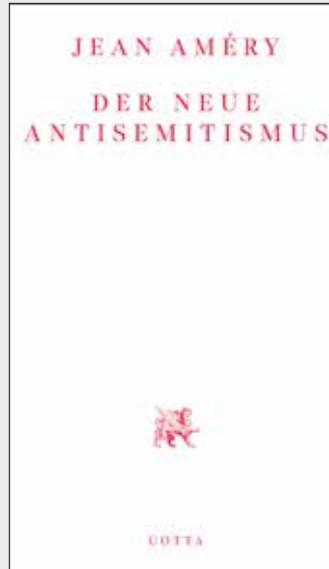
Ein eindrücklicher, umfassender, gut gegliederter Bildband über Leben und Wirken der weltweit geschätzten englischen Königin, die von 1926 bis 2022 viele Jahrzehnte euro-

päischer Geschichte mitgeprägt hat.

Weltweit wurde ihr hohe Achtung gezollt. Der Bildband ruft in Erinnerung, wie sie das öffentliche Leben mitgestaltet hat und wie die Öffentlichkeit ihr Wirken erfahren und gewürdigt hat.

Prestel, München (London, New York) 2022, 240 S., geb., sehr reich ill., (Richtpreis Fr. 37.90) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 34.10

BUCHZEICHEN

Der neue Antisemitismus**Jean Améry**

Der Autor, als Hans Mayer in Österreich geboren, emigrierte nach Frankreich, wo er als Jean Améry die Publizistik wahrhaft befruchtete. Als Jude versuchte er, mit dem Antisemitismus fertig zu werden, wie er ihn sowohl als geschichtliche Tatsache als auch persönlich erlebte.

Seine Auseinandersetzung mit Palästinensern und Juden hat ihn überlebt. Améry schildert Israel als Heimat der entrechteten Juden, die den aufrechten Gang gelernt haben und leben.

Klett-Cotta, Stuttgart 2024, 126 S., brosch., (Richtpreis Fr. 25.50) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 22.95

Bestellschein

Schweizerzeit

AKTUELL

- Verheimlicht, vertuscht, vergessen **à Fr. 23.85**
 Ist das euer Ernst? **à Fr. 15.75**
 Gedanken eines stoischen Piraten **à Fr. 35.10**

WELTGESCHICHTE

- Die Welt **à Fr. 57.60**
 1984 **à Fr. 9.45**
 Die Romanows **à Fr. 46.35**

ZEITGESCHICHTE

- Queen Elizabeth II. **à Fr. 34.10**

BUCHZEICHEN

- Der neue Antisemitismus **à Fr. 22.95**

Name/Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Tel-Nr.: _____

Datum/Unterschrift: _____

Bestellung an:

Schweizerzeit-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach
 Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Der Schweizerzeit-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 9.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei.

(07/05.04.2024)

SCHWEIZERZEIT am Radio

Das einzige unabhängige
liberal-konservative Radio für den
deutschsprachigen Raum

Auch die Schweizerzeit ist dabei!

Jeden Montag, 10 bis 11 Uhr

Schweizerzeit-Sendungen präsentieren Ihnen
Corinna Zigerli, Philipp Gut, Anian Liebrand
und Ulrich Schlür

www.kontrafunk.radio

oder in der App

KONTRA FUNK



.radio
Die Stimme der Vernunft

Die nächste Schweizerzeit
erscheint am

19. April 2024

Schweizerzeit

Impressum

Herausgeberin: «Schweizerzeit» Verlags AG,
8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9
BIC: POFICHBEXXX

Verlagsleitung: Ulrich Schlür

Redaktion: Postfach 54, 8416 Flaach

Telefon: 052 301 31 00

Telefax: 052 301 31 03

redaktion@schweizerzeit.ch

www.schweizerzeit.ch

Leitung: Ulrich Schlür, Hans Fehr

Mitarbeiter: Samuel Balsiger, Karl Eckstein,
Patrick Freudiger, Thomas Fuchs, Alex Grendelmeier,
Tis Hagmann, Hermann Lei, Anian Liebrand,
Markus Melzl, Mihajlo Mrakic, Charly Pichler,
Thorsten Polleit, Isabel Villalon

Inserate: Markus Rezzonico, 079 332 61 61

Layout, Druck: Dietschi Print&Design AG,
Ziegelfeldstrasse 60, 4601 Olten,
062 205 75 75, info@dietschi.ch

Veranstaltungen: Elisabeth Liebi

Finanzen, Organisation: Daniela Locher

Einzelpreis: CHF 4.–, erscheint 14-täglich

Jahresabonnement: mind. CHF/EUR 80.–

Der alltägliche UNO-Wahnsinn

Wer glaubt, so rasch könne einen nichts mehr verblüffen, dem sei empfohlen, sich mal mit dem Mikrokosmos der Vereinten Nationen (UNO) zu befassen. Dort hat nämlich Ende März Saudi-Arabien den Vorsitz in der UNO-Kommission zur Förderung von Frauen übernommen. Wenn das keine Realsatire ist: Ausgerechnet jenes Land, in dem Frauenrechtlerinnen die Todesstrafe droht und in dem es Frauen erst seit 2018 erlaubt ist, Auto zu fahren, steht nun einer offiziellen UNO-Kommission vor, die sich global für eine bessere rechtliche Stellung der Frau stark machen soll. Ausgerechnet Saudi-Arabien – eine absolutistische Monarchie, in der das Königshaus mit eiserner Faust regiert und mit dem Wahhabismus einen radikal-sunnitischen Islam vertritt, den das Saudi-Regime mit viel Geld in die ganze Welt exportiert.

Die radikal-islamistischen Saudis als Schirmherren der Frauenrechte – etwa nur ein einmaliger Ausrutscher, wie er in jedem System mitunter vorkommen kann? Schön wär's. Immer wieder sorgt die Besetzung von UNO-Gremien in westlichen Staaten für Kopfschütteln und Unverständnis. Die Mehrheit des UNO-Menschenrechtsrats z.B. besteht aus Ländern, in denen es um die Menschenrechte – gelinde gesagt – nicht unbedingt zum allerbesten steht. Immer wieder werden in den UNO-Gremien Fälle von Korruption und Vetternwirtschaft publik. Das Hilfsprogramm für

die Palästina-Flüchtlinge (UNRWA) in Gaza beschäftigte Hamas-Kämpfer und verbreitete antisemitische Schulbücher.

Konsequenzen hat das alles keine, sind die Probleme doch systembedingt. Die Vereinten Nationen zählen gegenwärtig 193 Mitgliedstaaten. Der «Demokratieindex» der britischen Zeitschrift «The Economist», der den Grad der Demokratie in den Ländern misst, stuft im Jahr 2023 dagegen gerade einmal 23 Staaten als «vollständige Demokratien» ein. Ergo kann man nicht erwarten, dass in UNO-Gremien, die repräsentativ zusammengesetzt sein müssen, Wertevorstellungen dominieren, denen wir uns in westlichen Staaten verpflichtet fühlen. Umso mehr müssen wir uns aber fragen, ob die Schweiz dieses Treiben – besonders, wenn die übelsten Diktaturen prestigeträchtige Vorsitze zugesprochen erhalten – noch länger legitimieren will.

Zu den europäischen Mitgliedstaaten der UNO-Kommission für Frauenförderung gehört übrigens auch die Schweiz. Ihre Vertreter erhoben keinen Widerspruch, als sich die Saudis zur Wahl des Vorsitzes stellten. Insgesamt trug die Schweiz im Jahr 2022 rund 1,07 Milliarden US-Dollar an Pflicht- und freiwilligen Beiträgen an das UNO-System bei. Was haben wir in dieser UNO noch verloren?

Anian Liebrand

Schluss
Punkt